

Stadtrat

Protokoll

SR-Nr: 4. Stadtratssitzung 2026
Datum SR-Sitzung: 22. Juni 2026
Beginn: 19:00 Uhr
Schluss: 21:40 Uhr
Ort: Gemeindesaal (2. Stock), Kirchbühl 23, Burgdorf

Die Sitzung wurde unter Angabe der Traktanden durch Publikation im digitalen Amtsblatt (<https://epublikation.ch>) und auf der Website der Stadt Burgdorf (www.burgdorf.ch) bekannt gemacht.

Die Mitglieder des Stadtrates und Gemeinderates wurden zudem per Mail über die Aufschaltung der Traktandenliste und der übrigen Sitzungsunterlagen informiert und zur Sitzung eingeladen.

Teilnehmende:

Stadtratspräsident Adrian Merz

Stimmenzähler Marcel Suter, Jürg Grimm

Mitglieder des Stadtrates Urs Wüthrich, Gabriela Bannwart, Roger Aebi, Annemarie Althaus-Zingg, Tanja Blume, Marc Bracher, Hermann Dür, Claudia Fankhauser, Raffael Fluri, Yves Greisler, Jürg Grimm, Christian Hedinger, Martin Hohl, Mirjam Kalbermatten-Wüthrich, Jürg Kämpf, Fabian Käsermann, Jonas Lauwiner, Esther Liechti-Lanz, Barbara Lüthi-Kohler, Debra Marti, Franziska Maurer Roschi, Johanna Schlegel, Marcel Suter, Beryll Schneeberger-Vera-guth, Anette Vogt, Jonas von Allmen, Claudia von Känel, Ulrich von Känel, Sybille Zingg Righetti, Beat Neuenschwander, Samuel Knüsel, Waltraud Achtermann Wangler, Tobias Vogel, Kristina Shafigina, Lukas Wirthner

Entschuldigt Pascal Hebeisen, Manfred Schaffer, Philipp Schärf, Jeannine Seiler Keller

Stadtpräsident Stefan Berger

Mitglieder des Gemeinderates Theophil Bucher, Francesco Rappa, Beatrice Kuster Müller, Peter von Arb, Elias Maier, Michael Ritter

Entschuldigt -

Stadtschreiber Stefan Ghioldi

Auskunftspersonen -

Protokoll Brigitte Henzi

Traktanden:

- | | |
|--|----|
| - Genehmigung des Protokolls der Stadtratssitzung vom 18.5.2026 | 4 |
| - Informationen des Stadtratspräsidenten | 4 |
| - Informationen aus dem Gemeinderat | 5 |
| - Ersatzwahl Sozialkommission | 6 |
| - Kreditabrechnung Darlehen Primatwechsel Pensionskasse | 6 |
| - Kreditantrag Ortsplanungsrevision Stadt Burgdorf, Phase 1: Strategische Grundlage | 7 |
| - Kreditantrag: Reaktivierung und Sanierung Lyssachbach, Ausführungsprojekt | 14 |
| - Geschäftsbericht 2025 | 15 |
| - Stellungnahmen und Abschreibungsanträge zu den noch nicht erfüllten Motionen, Postulaten und Aufträgen | 23 |
| - Auftrag Die Mitte, FDP und SVP betreffend „Finanzen ins Lot zu bringen“ | |
| - Auftrag EVP-Fraktion betreffend Reduktion der Abhängigkeit von nicht erneuerbarem Gas im Fernwärmenetz | |
| - Auftrag der Grünen Partei betreffend Liegenschaft Steinhofstrasse 1 (Bernstrasse 53-57) | |
| - Auftrag der Grünen Burgdorf, SP und EVP betreffend Nachhaltigkeit im öffentlichen Beschaffungswesen | |
| - Auftrag SP-Fraktion betreffend PV-Anlagen auf städtischer Infrastruktur | |
| - Überparteilicher Auftrag EVP, SP und Grüne betreffend «Ausarbeitung eines Leistungsvertrags mit sozialen Institutionen von Burgdorf bezüglich Notzimmer» | |
| - Überparteilicher Auftrag Die Mitte, SVP, GLP, EDU, SP, EVP und Grüne betreffend Umsetzung der Rollsportanlage Burgdorf | |
| - Überparteilicher Auftrag SP, Grüne und EVP betreffend Verbesserung Burgdorfer Stadtklima | |
| - Überparteilicher Auftrag GLP, Die Mitte, FDP und EVP betreffend Einführung von kostenbezogenen Kennzahlen für die Burgdorfer Verwaltung | |
| - Motion FDP-Fraktion betreffend Anpassung der GO: Senkung der Unterschriftenzahl für städtische Initiativen | |
| - Überparteiliche Motion FDP-, GLP-, Mitte- und SVP-EDU-Fraktion betreffend Amtszeitbeschränkung für die Stadtpräsidentin oder den Stadtpräsidenten | |
| - Auftrag Grüne Partei betreffend Baumschutz in Burgdorf | |
| - Auftrag SP-Fraktion betreffend Überprüfung der Gebühren für Plastik – Abfallsäcke | |
| - Überparteilicher Auftrag FDP-, GLP- und Mitte-Fraktion betreffend Aufnahme der Kulturhalle Sägegasse als regionale Kulturinstitution | |
| - Auftrag Grüne Burgdorf betreffend Weiterentwicklung Radwegring | |
| - Postulat SVP/EDU-Fraktion betreffend Überprüfung von Lizenzgebühren von Software | |
| - Postulat EVP-Fraktion betreffend Demenzfreundliche Stadt Burgdorf | |
| - Motion Grüne Partei betreffend Tempo 30 auf Abschnitten der Kantonsstrasse | |
| - Auftrag Grüne Partei betreffend bauliche Verdichtung und Biodiversität | |
| - Auftrag EVP-Fraktion betreffend Abfall-Trenn-Behälter am und rund um den Bahnhof Burgdorf | |
| - Auftrag Fraktionen der SVP/EDU, SP, die Mitte, FDP, GLP und EVP sowie Jonas Lauwiner betreffend Ausbau Sportinfrastruktur in Burgdorf | |
| - Auftrag Grüne Partei Burgdorf betreffend Planung ökologische Infrastruktur | |

- Auftrag Grüne Burgdorf, SP Burgdorf, EVP Burgdorf betreffend Aufbau Jugendparlament	
- Auftrag Grüne und SP betreffend geschlechterneutrale Toiletten in Schulhausneubauten und -umbauten	
- Auftrag SP-Fraktion betreffend kostenloser Eintritt ins Freibad Burgdorf mit KulturLegi und für Kinder unter 12	
- Überparteilicher Auftrag SP, EVP und Grüne betreffend Aufwertung des Kronenplatzes durch Beschattung	
- Auftrag Adrian Merz betreffend Anschaffung Velo-Waschstation	
- Auftrag glp-Fraktion betreffend Weiterentwicklung der Kulturförderung nach dem Vorbild der Sportförderung	26
- Motion FDP-Fraktion betreffend Wiedereinführung einer Finanzkommission	28
- Interpellation Beryll Veraguth und Esther Liechti-Lanz (EVP) betreffend Probleme bei der Strassenbeleuchtung im Zusammenhang mit der Abschaltung von 3G	30
- Verschiedenes und Unvorhergesehenes	30

Appell

Der durch den Stimmenzähler Grimm Jürg durchgeführte Namensaufruf ergibt die Anwesenheit von 36 Mitgliedern des Stadtrates (SR).

Der Rat ist beschlussfähig.

Traktandenliste

Es erfolgen keine Änderungsanträge.

SRB: 2026-993 | Registratur-Nr. 1.7.1

Genehmigung des Protokolls der Stadtratssitzung vom 18.5.2026

Verhandlung

Seitens des SR werden keine Bemerkungen gemacht.

Beschluss

Der Stadtrat genehmigt einstimmig das Protokoll der Stadtratssitzung vom 18. Mai 2026.

SRB: 2026-994 | Registratur-Nr. 1.7.1

Informationen des Stadtratspräsidenten

Verhandlung

Stadtratspräsident Merz Adrian begrüsst die Anwesenden zur vierten Sitzung im Jahr 2026. Im Speziellen begrüsst er als neues Mitglied im SR Wirthner Lukas und wünscht ihm viel Freude im Amt.

Der Vorsitzende informiert, dass die eingereichten und hängigen Vorstösse und Aufträge ab sofort auf der Website der Stadt Burgdorf im Bereich Politik unter Stadtrat aufgelistet sind. Bei den Vorstössen und Aufträgen handelt es sich um solche aus der aktuellen Legislatur. Die Aufschaltung und Erfassung sind mit viel Arbeit verbunden. Ein Dank an dieser Stelle an Henzi Brigitte. Sie wird die restlichen Vorstösse und Aufträge, wenn möglich auch noch ergänzen. Der Vorsitzende informiert über den besuchten Anlass. Er hat an der Eröffnung des Cinété im Sommer-Open-Air-Kino im Schützenhaus teilgenommen. Es ist eine wunderbare Veranstaltung. Im Moment macht sie allerdings eine Pause, weil das Schützenhaus die Fussball-WM zeigt. Sobald der Weltmeistertitel feststeht, geht das Cinété-Programm weiter. Das Cinété wird wärmstens empfohlen. Der diesjährige Stadtratsausflug findet am 21. August 2026 ab 15.30 Uhr statt. Dieser führt die Teilnehmenden zum Kunstplatz Amiet in Oschwand. Die Einladung wird bis Ende Woche per Mail zugestellt. Die An- und Abmeldungen sollen zügig erfolgen. Ein Dank für die Organisation des Stadtratsausfluges geht an die FDP-Fraktion.

SRB: 2026-995 | Registratur-Nr. 1.7.1
Informationen aus dem Gemeinderat

Verhandlung

Stadtpräsident Berger Stefan informiert über die Plattform StadtRADAR, welche ein umfassendes Bild über die Handlungsfelder, Ziele und Massnahmen der Stadt Burgdorf bietet. Die Handlungsfelder orientieren sich am strategischen Leitbild der Stadt Burgdorf und decken die thematische Breite der nachhaltigen Entwicklung auf Gemeindeebene ab. Die Plattform beantwortet die Frage, wer macht was wofür. Sie zeigt, wie einzelne Massnahmen zur aktuellen Legislatur und zur nachhaltigen Entwicklung beitragen. So wird Transparenz geschaffen und macht den grösseren Zusammenhang sichtbar. Die Plattform konnte mit wenig finanziellem Aufwand aufgebaut werden. Es handelt sich um eine grobe Übersicht, die das strategische Leitbild und der darin definierten 14 Handlungsfelder und die Legislaturplanung aufweist. Die Plattform ermöglicht dem SR zu prüfen, was gemacht wird und umgesetzt wurde. Auf dem Hauptbildschirm sind die Handlungsfelder ersichtlich, wie sie im strategischen Leitbild definiert wurden. Wenn die Bildung angewählt wird, erscheinen alle definierten Ziele der Legislaturplanung. Man kann beispielsweise prüfen, welche Massnahmen im Kontext der Stadt Burgdorf abgebildet wurden. Es sind verschiedene Massnahmen abgebildet. Es sind nicht nur Massnahmen aus der aktuellen Legislatur, sondern auch Massnahmen aus der früheren Legislatur, die man aufbereitet und in der Plattform aufgenommen hat. Die Nachhaltigkeit oder was an Massnahmen innerhalb der Stadt Burgdorf umgesetzt wurden, ist ersichtlich. Es ist ein Nachschlagewerk mit Massnahmen und Tätigkeiten der Stadt Burgdorf. Es gibt dazu auch erläuternde Text mit zum Teil zusätzlichen Links auf die Website der Stadt Burgdorf. Es gibt aber auch zusätzliche Funktionen, bei denen es um die Legislaturplanung geht. Es ist dabei ersichtlich, wie und ob diese Massnahmen umgesetzt sind. Die Legislaturplanung kann im Menü der vier Dimensionen des strategischen Leitbildes entnommen werden. Man kann das Ziel, die Massnahmen oder das Vorhaben anwählen. Der Stand der Umsetzung ist dann ersichtlich. Die entsprechende Auflistung ist auch im Geschäftsbericht enthalten. Die Plattform wird unterjährig aktualisiert. Die aktuelle Legislatur hat verschiedene Such- und Auswahlkriterien wie zum Beispiel nach der Legislaturperiode oder der Sortierung von A bis Z. Es gibt verschiedene Möglichkeiten zur Selektion. Die Umsetzung der Plattform hat rund Fr. 26'500.-- gekostet. Die Plattform wird am 1. Juli 2026 online aufgeschaltet. Die Plattform verfügt über viele Möglichkeiten, um einzelne Tätigkeiten der Stadt Burgdorf zu prüfen und sich einen Überblick zu schaffen. Die Plattform dient auch der Bevölkerung als Information.

Gemeinderat Maier Elias informiert, wie vom SR gewünscht, über die Situation des biwak. Am 20. Mai 2026 hat ein weiterer Austausch mit dem Kanton stattgefunden. Seitens des BZS, der ehemaligen Betreiberin des biwaks, ist der Wechsel sehr gut abgelaufen. Die Patientinnen und Patienten schätzen das Angebot in Bern, namentlich auch, weil das Angebot umfassender ist. Beispielsweise ist auch eine Psychologin direkt vor Ort. Man kann rasch Termine auch direkt vereinbaren. Die Wegstrecken wurden bisher nicht bemängelt. Ebenfalls funktioniere die Mitgabe in Tablettenform bis jetzt sehr gut. Für eine weitere Person konnte eine Anschlusslösung gefunden werden. Somit wurden für 83 von 84 Personen Anschlusslösungen gefunden. Für eine Person weiss man noch nicht, ob es auch noch eine Lösung gibt. Man bleibt auf alle Fälle daran. CONTAC Mobil hat bislang keine negativen Rückmeldungen erhalten. Betreffend der Szenenbildung hat es keine Veränderungen gegeben. Es ist grundsätzlich ruhig. Als Hinweis wird angemerkt, dass die Bahnunfälle rund um den Bahnhof in keinem Zusammenhang mit der Schliessung des biwak stehen. Die Stadt Burgdorf bleibt dran. Bei der Sozialdirektion sind bisher keine weiteren Meldungen eingegangen. Zwei Personen haben sich bei der Evangelischen Kirche für die Sozialberatung angemeldet. Ein wichtiger Punkt bleibt sicher die

Früherkennung, namentlich bei Zustandsverschlechterungen von Patienten. Das BZS führt diesbezüglich ein Monitoring, beispielsweise wenn die Termine nicht eingehalten werden. Von den 28 Personen, die bei Hausärzten oder bei der Apotheke in Behandlung sind, zusammen mit den Anschlussgemeinden, sind acht Personen aus Burgdorf. Aus Datenschutzgründen und aufgrund des Arztgeheimnisses weiss man nicht genau, wer diese Personen sind. Man weiss aber von der Evangelischen Kirche, dass sich dort zwei Personen gemeldet haben. Man wird die Hausärzte und Apotheken in der Region darauf sensibilisieren, dass sie sich an die Sozialdirektion wenden. Im September findet zum Monitoring wiederum ein digitaler Austausch mit dem Kanton und den betroffenen Stellen statt.

SRB: 2026-996 | Registratur-Nr. 1.7.2
Ersatzwahl Sozialkommission

Verhandlung

Es werden keine Bemerkungen gemacht.

Abstimmung

1. Der Stadtrat wählt Svenja Wullschleger, Studentin Rechtswissenschaften, Kauffrau EFZ, Burgdorf, Die Mitte, als Mitglied der Sozialkommission.
2. Mit dem weiteren Vollzug wird der Gemeinderat beauftragt.

Beschluss

Der Stadtrat genehmigt einstimmig die Anträge.

SRB: 2026-997 | Registratur-Nr. 3.4.6
Kreditabrechnung Darlehen Primatwechsel Pensionskasse

Verhandlung

Stadtratspräsident Merz Adrian stellt die Eintretensfrage. Gemäss Stillschweigen ist das Eintreten unbestritten.

Es werden keine Bemerkungen gemacht.

Abstimmung

Die Kreditabrechnung für das Darlehen Primatwechsel Pensionskasse mit Ausgaben von brutto CHF 7'419'428.65 und Mehrausgaben von CHF 619'138.35 wird genehmigt. Netto sind Ausgaben von CHF 0.00 entstanden.

Beschluss

Der Stadtrat genehmigt einstimmig die Kreditabrechnung.

SRB: 2026-998 | Registratur-Nr. 1.1.1

Kreditantrag Ortsplanungsrevision Stadt Burgdorf, Phase 1: Strategische Grundlage

Verhandlung

Stadtratspräsident Merz Adrian stellt die Eintretensfrage. Gemäss Stillschweigen ist das Eintreten unbestritten.

Seitens der GPK werden keine Bemerkungen gemacht.

Stadtpräsident Berger Stefan teilt mit, dass man in den einzelnen Fraktionen ausführlich über die Wichtigkeit des vorliegenden Geschäftes orientiert hat. Imhof Mark, Leiter Stadtentwicklung, und Morgan Anna Lea, Projektleitende Stadtplanung, haben das Projekt vorgestellt. Das Geschäft hat höchste Relevanz für die Stadt Burgdorf. Es wird nur noch auf einzelne Punkte eingegangen, damit man die Wichtigkeit dieses Geschäftes sieht. Grundsätzlich stellt sich die Frage, warum wir das Stadtentwicklungskonzept oder die erste Phase der Ortsplanungsrevision überhaupt brauchen. Die baurechtliche Grundordnung ist aus dem Jahr 2005 und wurde nur partiell angepasst. Die baurechtliche Grundordnung entspricht nicht mehr dem, was man heute braucht. Sie ist uns im Weg und verhindert eine Entwicklung. Als Beispiel wird das Geschäft im SR erwähnt, bei dem sich eine Firma entwickeln wollte und der SR eine Teilüberbauungsordnung genehmigen musste. Es dauerte zwei Jahre bis sich die Firma entwickeln und erweitern konnte. Eine solche lange Dauer von Anpassungen ist für die Wirtschaft unhaltbar. Weiter gibt es einen Grundsatz, der grundsätzlich gilt. Alle zehn bis fünfzehn Jahre ist es Usus, dass die Ortsplanungsrevisionen revidiert oder entsprechend angepasst wird. In Burgdorf wird sich vieles ändern. Jetzt stellt sich die Frage, ob man diese Veränderung aktiv mitgestalten will oder ob man nur passiv darauf reagieren will. Warum kommt dieses STEK gerade jetzt? Oder wieso ist es nicht schon früher gekommen? Corona ist dazwischengekommen. Vor Corona hat man zusammen mit der Berner Fachhochschule das Projekt Burgdorf 2035 begonnen. Man hat an der Weiterentwicklung gearbeitet und sich dazu Gedanken gemacht. Man hat sich gefragt, wie sich Burgdorf entwickeln soll. Dann kam Corona und das ganze Projekt war gestoppt. Man konnte nicht mehr in den Austausch und in eine Partizipation. Als es wieder möglich war, stellte man sich die Frage, ob es Sinn macht eine Ortsplanungsrevision zu machen, die wiederum 15 bis 20 Jahre gültig ist, wenn das strategische Leitbild auch bereits 12 Jahre alt ist. Man hat sich entschieden, zuerst die strategischen Leitbilder, also die Vision Burgdorf 2050 zu machen, die als Basis für die Legislaturplanung dient, bevor der Entwicklungsprozess gestartet wird. Eine Erarbeitung eines STEK und der neuen baurechtlichen Grundordnung auf einem veralteten Leitbild hätte keinen Sinn gemacht. Es fehlen auf verschiedenen Ebenen Leitlinien, wie und wo sich die Stadt Burgdorf in den nächsten 30 Jahre sinnvoll und lebenswert weiterentwickeln soll, wie zum Beispiel bei Siedlungen, Freiräumen und Mobilität. Dort will man Leitlinien schaffen, mit denen sich Burgdorf in den nächsten Jahren entwickeln soll und kann. Das ist eine Grundlage für zukünftige Investitionen der öffentlichen Hand, sei das die Stadt Burgdorf, aber auch die SBB oder BLS. Es ist auch für Investoren und Private eine sehr wichtige Klärung der Leitlinien. Es geht dabei auch darum, wo man beispielsweise wie hoch bauen kann. Das kann man heute nicht und dafür müssen Grundlagen geschaffen werden. Es lehnt sich auch an die Legislaturziele. Was ist der Nutzen eines solchen Projektes? Das STEK zeigt auf, wie sich Wohnen, Arbeiten, Lernen und Freizeit in Burgdorf räumlich entwickeln kann und wie sich Ober- und Unterstadt, Bahnhofquartier sowie die Wohnquartiere den veränderten Bedürfnissen anpassen und wie die Quartiere erschlossen sind. Die Stadt Burgdorf schafft mit dieser Gesamtauslegeordnung die Grundlage. Das gilt auch für eine austarierte Eingabe bei Agglomerationsprogrammen und beim RGSK. Am Freitag wurde die Vernehmlassungsantwort des Bundes über die Zahlen in die Regionen eingereicht.

In diesen Agglomerationsprogrammen arbeitet man zusammen. Die Vorhaben des Bundes lassen sich mitfinanzieren. Damit man dort ein gutes Agglomerationsprogramm machen kann, muss man auch wissen, wo und in welche Richtung man sich entwickeln will. Das Gleiche gilt für das RGSK, bei dem es darum geht, wie und wo man den Wohnraum entwickeln will. Mit der Umsetzung des Projektes «emmentalwärts» ergeben sich aus Sicht der Stadt Burgdorf Potentiale für die räumliche Entwicklung, welche mit dem STEK erfasst werden kann. Im Jahr 2029 soll dort der Spatenstich stattfinden. Bei diesen Projekten hat es auch für Burgdorf Potential, das man jetzt anschauen und definieren muss, damit man das auch in der baurechtlichen Grundordnung festhalten kann. Nebst «emmentalwärts» und den Perimetern, die Burgdorf betreffen, soll damit auch die richtige Entwicklung angestossen werden. Beim STEK ist auch ein Einbezug von Stakeholdern, die im Anschluss an die Ortsplanungsrevision, mit denen man bereits im Kontakt war, geplant, damit es schneller genehmigt wird und einen Teil der Einsprachen verhindert. Wenn man nun sagt, dass man den STEK nicht braucht und sich fragt, wieso man diesen braucht, da man ein Baureglement hat, das gilt und bis jetzt funktioniert hat. Ohne STEK fehlt eine gemeinsame Zukunftsvorstellung und man beschränkt sich darauf, auf Entwicklungen zu reagieren, statt diese aktiv zu steuern. Aktuelle und zukünftige Herausforderungen und Probleme bleiben ungelöst beziehungsweise wachsen weiter und sind eine Hypothek für kommende Generationen. Investitionen werden nicht gezielt priorisiert und Chancen in der Stadtentwicklung werden verpasst. Ohne ein klares Zukunftsbild der Stadt Burgdorf riskieren wir als Zentrum an Attraktivität und Profil zu verlieren. Es könnte einen Verlust der Industrie, von Investoren, aber auch von der Bevölkerung geben, wenn man nicht auf diesen Weg geht. Ohne inhaltliche Grundlage des STEK, welche in den notwendigen Erläuterungsbericht einfließt, ist eine Ortsplanungsrevision nicht genehmigungsfähig. Die Erarbeitung des STEK behindert keine aktuellen Planungen der Stadt Burgdorf, kann aber wichtige Informationen und längerfristige Hinweise liefern. Es laufen viele Projekte in der Stadt Burgdorf. Viele Projekte laufen gut und einige weniger gut. Es ist aber wichtig, eine Abgrenzung zu sehen. Ein STEK oder die Entwicklung des STEK hat nichts mit der Schulraumentwicklung oder der Schulraumplanung zu tun. Operativ sind es andere und nicht die gleichen Einheiten, die das machen. Man gewinnt keine Ressourcen, wenn wir den STEK nicht machen. Man gewinnt keine Ressourcen, die man in die Schulraumentwicklung investieren kann. Das STEK kann aber Aussagen über zukünftige mögliche Synergien, Herausforderungen und Problemen machen. Mit dem STEK kann man Aussagen über die längerfristige Entwicklung des Schulraumes machen. Auch die Verwaltungsraumplanung ist nicht direkt ein Projekt der Stadtentwicklung. Im Moment ist es ein Projekt auf Stufe des Leiters der Baudirektion, und zwar im Bereich des Portfoliomanagements. Man wäre auch dort nicht schneller mit dem Projekt, wenn wir den STEK nicht machen. Die politische Verantwortung besteht nicht darin, Entwicklungen zu verwalten, sondern diese im Interesse der Stadt Burgdorf aktiv zu gestalten. Die Frage ist deshalb nicht, ob sich Burgdorf verändert, sondern ob man diese Veränderung aktiv steuern will oder von ihr gesteuert wird. Der GR ist gespannt auf die Diskussion im Rat und hofft, dass der SR das Projekt und den Kredit zum Wohle der Stadt Burgdorf und zur Entwicklung der Wirtschaft, des Gewerbes, aber auch der Quartiere unterstützt.

Stadtrat Aebi Roger, namens der Mitte-Fraktion, dankt dem GR und der Verwaltung für die Vorlage und die Beantwortung der Fragen im online Tool. Das Projekt STEK ist mit dem Projekthandbuch und dem Terminplan sowie mit der Gesamtkostenschätzung ausführlich beschrieben. Die strategische Planungsgrundlage STEK soll auf verschiedenen zahlreichen Ebenen die Entwicklung der Stadt Burgdorf in den nächsten 25 bis 30 Jahren aufzeigen. Die Komplexität dieses Projekts ist entsprechend hoch und die heterogenen Bedürfnisse und Erwartungen dieser zahlreichen Interessengruppen vielfältig. Die Partizipation und die Kommunikation zum Einbezug dieser vielen Interessengruppen in das Projekt sind sehr aufwendig und wecken Hoffnungen, die möglicherweise nicht erfüllt werden können. Das Risiko besteht, dass die Ergebnisse nicht getragen werden und das Projekt dadurch auch verzögert wird. Die Revision der Ortsplanung dauert mit der vorgängigen Erarbeitung eines STEK

mehrere Jahre. Die Gefahr besteht, dass dringend notwendige Investitionen zurückgestellt werden, da die einzelnen Themenbereiche nicht isoliert betrachtet werden können und das Projekt dann gleichwohl Ressourcen in der Verwaltung bindet. Die heutigen dringenden Probleme wie Schulraum, Sportanlagen, Verwaltungsraum, Gebäudesanierungen und Parkplätze bleiben bestehen. Siedlungsstrukturen mit den Schulorten, Verkehrs- und Verbindungswegen, Gewässerläufen, Waldflächen und Erholungsgebieten sind grösstenteils bereits bestehend. Die Entwicklung beschränkt sich eigentlich auf einzelne Areale wie beispielsweise den Bahnhof, die Buchmatt und Alpina. Mutige und innovative Wege für die Entwicklung von Burgdorf durch Querdenker scheinen hier wenig Platz zu haben. Die Ortsplanungsrevision ist jedoch nötig, um die baurechtliche Grundordnung der Stadt Burgdorf zu aktualisieren. Allerdings soll das schlank und ohne aufwendiges STEK erfolgen, wie das in vielen anderen Gemeinden auch möglich ist. Auch dort wird aktiv gestaltet und in die Zukunft geschaut. Die Mitte-Fraktion wird das für Burgdorf überdimensionierte Projekt deshalb mit Kosten von 1.2 Mio. Franken ablehnen.

Stadtrat Vogel Tobias, namens der Grüne-Fraktion, teilt mit, dass man den Kreditantrag des GR zur Erarbeitung des STEK unterstützt. Man befürwortet dies insbesondere aus drei wesentlichen Gründen. Erstens erfolgt die Finanzierung über den Fonds der Mehrwertabgabe. Zweitens verfolgt man einen interdisziplinären Ansatz, den man sehr gut findet. Drittens wird die breite Partizipation mit der Bevölkerung, den Quartiervereinen und auch mit den Organisationen aus der Politik und der Wirtschaft unterstützt. Gute Stadtplanung ist nicht einfach ein Selbstzweck, sondern sie fokussiert auf die Bedürfnisse der Menschen, die in dieser Stadt wohnen. Die Grüne-Fraktion hat aber zwei konkrete Erwartungen an das STEK. Es muss unbedingt klare, stufengerechte Massnahmen festlegen und es darf nicht zu einer Sammlung von Plattitüden verkommen, die auch eine KI schreiben könnte. Die Grüne-Fraktion hat ein weiteres grosses Anliegen. Die Aussagen auf der Seite 18 im Projekthandbuch, in dem es um die Partizipation geht, sollten ernst genommen werden. Es steht geschrieben, dass eine repräsentative Auswahl an Vertretenden aus der Zivilgesellschaft, der Wirtschaft und der Politik zusammengestellt wird. Repräsentativ bedeutet unter anderem, dass sicher 50 Prozent der Leute in dieser Gruppe Frauen sein sollen oder dass auch Kinder und Jugendliche die Möglichkeit finden sollten, ihre Interessen in die Planung einzubringen. Das ist nicht einfach und dafür braucht es eine Vielfalt an passenden Partizipationsgefässe. Deshalb ist es nötig, dass Personen und Organisationen, möglichst schnell informiert und in die Lage versetzt werden, dass sie auch die Arbeiten, die von ihnen erwartet werden, erfüllen können. Es ist unbedingt zwingend nötig, dass man eine strategische Grundlage hat, bevor man in die Revision der Nutzungsplanung einsteigt. Stadtrat Vogel Tobias hat sich die Mühe gemacht, das alte, räumliche Entwicklungsleitbild der Stadt Burgdorf aus dem Jahr 2012 anzusehen. Das ist immer noch gültig. Darin steht geschrieben, dass man das AMP-Areal zu einem Wohnquartier transformieren soll. Dass diese Entwicklung anders gekommen ist, als man es im Jahr 2012 gedacht hat, weiss man inzwischen. Es steht auch geschrieben, dass eine wichtige Massnahme die Transformation vom Aebi-Areal zu einem Wohnquartier ist. Diese Massnahme ist abgeschlossen. Es gibt viele solcher Massnahmen, die in den alten Leitbildern enthalten sind. Entweder sind sie aus heutiger Sicht obsolet oder sie wurden umgesetzt. Deshalb ist es absolut wichtig und zwingend, dass man eine neue übergeordnete strategische Planung hat und dass man nicht einfach irgendwie hineinschiesst. Stadtpäsident Berger Stefan hat vorhin ausgeführt, dass man die Möglichkeit hat, zu agieren, zu gestalten oder zu reagieren. Es wird darauf hingewiesen, was reagieren heisst. Reagieren heisst, dass man entweder Fehler in der Nutzungsplanung oder in der Raumplanung macht, was man sich möglichst nicht erlauben kann. Weiter müssen Planungszonen erlassen werden. Man muss Bau- und Planungsstopps erlassen. Das sind Massnahmen aus dem raumplanerischen Giftschrank. Die Grüne-Fraktion ist absolut nicht der Auffassung, dass es sinnvoll ist, diese Massnahmen anzuwenden. Die Grüne-Fraktion hofft, dass der SR dem Kreditantrag zustimmt und mit dem Entscheid den ersten Schritt zu einer bau- und planungsrechtlichen Zukunft macht.

Stadträtin Liechti-Lanz Esther, namens der EVP, teilt mit, dass letzte Woche im Tagesgespräch von Radio SRF 1 der Finanzchef der SUVA gesagt hat, dass nur keine Strategien oder veraltete Strategien teuer werden. Die EVP steht geschlossen hinter dem Kreditantrag und der Revision. Es ist nach so langer Zeit, seit dem Jahr 2005, wirklich absolut wichtig, dass man eine Grundlage schafft, damit die Stadt Burgdorf weiterentwickelt werden kann. Das Durchschnittsalter im SR entspricht einer Generation, die in 20 oder 30 Jahren abgelöst wird. Es geht am heutigen Abend darum, dass man eine Grundlage schafft für unsere Generationen, die nach uns kommen. Die Informationen von Stadtpräsident Berger Stefan wie auch von Imhof Mark können gut nachvollzogen werden. Sie sind wirklich begründet, sie sind zeitgemäss, sie sind konkret und sie sind vor allem wichtig. Man ist dagegen, dass man in Burgdorf einfach vor sich hin reagiert und hier und dort wieder ein Projekt bewilligt, damit es einen Flickteppich gibt. Es ist für unsere wunderbare Stadt Burgdorf zu schade, wenn man das Projekt ablehnt.

Stadtrat Kämpf Jürg, namens der FDP-Fraktion, teilt mit, dass man dem Antrag, wie er daherkommt, sehr kritisch gegenübersteht und ihn ablehnen wird. Man hat nichts gegen ein vorgelagertes und entwickelndes Konzept. Es geht darum, dass man die baurechtliche Grundordnung neu angeht. Wenn aber in diesem Antrag über fünf Seiten der Anforderungskatalog zusammengestellt und mitgeteilt wird, wem und was man allem gerecht werden will, mit wem man das alles anschauen und wen man miteinbeziehen will, ist es überhaupt nicht abwegig, dass man hier vor einem neuen Papiermonster steht. Dafür nimmt man sich drei Jahre Zeit. Wie es vorgesehen ist, braucht es drei Jahre, bis man mit der eigentlichen Arbeit beginnen kann. Wieder wird ein neues, massloses Konzept geschaffen, das sich nahtlos in die vielen, bereits vorhandenen Visionen, Strategien und Leitbilder der Stadt Burgdorf einreicht. Da ist nichts von einer etwas pragmatischen, an die eigenen Ressourcen angepassten Vorgehensweise zu spüren. Manchmal würde auch der Stadt Burgdorf die Bescheidenheit guttun und sie kann genauso zielführend sein. Es scheint, als ob die Stadtplanung ihre Legitimation für die nächsten Jahre selbst erteilt, koste was es wolle. Die Baudirektion hat im Jahr 2017 im DB5 8.5 Mio. Franken gekostet. Heute kostet sie 12 Mio. Franken. Der Zuwachs liegt bei 40 Prozent. Der Anteil der Stadtentwicklung lag damals bei 3.5 Mio. Franken und heute liegt sie bei 5 Mio. Franken. Die Entwicklung beträgt plus 43 Prozent. Es wurde massiv Geld aufgestockt und in die Stadtentwicklung gesteckt. Jetzt liegt ein Antrag mit einem Betrag von 1.2 Mio. Franken vor, bei dem man gar nicht so erschrocken ist. Man ist erschrocken, dass von den 1.2 Mio. Franken 70 Prozent, über Fr. 8000'000.--, an externen Ressourcen eingekauft werden müssen und nur 30 Prozent aus den eigenen Reihen machbar sind. Im Antrag wird noch aufgeführt, dass wahrscheinlich die eigenen Ressourcen aufgestockt werden müssen, was bedeutet, dass schon im Verlauf des Entwicklungskonzepts wieder eine Stelle mehr aufgestockt wird. Es stellt sich die Frage, ob das wirklich noch zu vertreten ist. Die Kosten der Ortsplanungsrevision sind dabei noch nicht enthalten. Die Bedenken, dass die bestehenden, dringenden Projekte, bei denen man bis jetzt kaum etwas zu Boden gebracht hat, erneut in eine Warteschlange geraten und wieder an neue Bedingungen geknüpft werden, ist gar nicht so abwegig. Das erachtet man sogar als grosse Gefahr. Der SR wird gebeten, ein Zeichen der Vernunft zu setzen und das STEK in der vorliegenden Form zurückzuweisen. Es braucht keine solche Mammutversion. Man setzt auf ein bedarfsgerechtes Vorgehen, das zeitnah und vor allem weniger kostenintensiv an das Ziel einer neuen baurechtlichen Grundordnung führt.

Stadtratspräsident Merz Adrian möchte wissen, ob ein Rückweisungsantrag eingebracht wird.

Stadtrat Kämpf Jürg, namens der FDP-Fraktion, verneint die Frage.

Stadtratspräsident Berger Stefan teilt mit, dass er zu anderen Zahlen in der Stadtentwicklung kommt als es Stadtrat Kämpf Jürg erwähnt hat. Der DB5 bei der Stadtentwicklung beträgt 1.5 Mio. Franken. Die Zahlen kann man bilateral besprechen.

Stadtrat Kämpf Jürg, namens der FDP-Fraktion, teilt mit, dass er die Zahlen aus der Produktgruppe 23 und 25 genommen hat.

Stadtratspräsident Berger Stefan teilt mit, dass die Zahlen deshalb im Gesamtkontext erwähnt werden müssen. In der Produktgruppe 25 ist auch der öffentliche Verkehr drin und diesen im vorliegenden Kontext dazuzurechnen, ist nicht fair.

Stadträtin von Känel Claudia, namens der GLP-Fraktion, teilt mit, dass man grundsätzlich die Ausarbeitung eines Stadtentwicklungskonzepts unterstützt. Aus Sicht der GLP-Fraktion braucht es eine saubere Auseinandersetzung darüber, wie und wo sich Burgdorf künftig entwickeln soll, bevor die Revision der gesetzlichen Grundlagen angegangen wird. Entsprechend begrüsst man die Erarbeitung einer übergeordneten Stadtentwicklungsstrategie, damit Burgdorf langfristig abgestimmt und clever weiterentwickelt werden kann. Die in der Vorlage aufgeführte Vorgehensweise mit der geplanten Partizipation scheint sinnvoll und zielführend. Wichtig ist aber genauso, dass bestehende Projekte nach wie vor genügend Ressourcen haben und die entsprechende Aufmerksamkeit geniessen. Stadtratspräsident Berger Stefan hat vorhin gesagt, dass bei der Schulraumplanung eine andere Direktion zuständig ist und das Projekt vorwärtstreibt. Entsprechend wird anerkannt, dass sich die beiden Projekte organisatorisch nicht direkt konkurrenzieren. Aber auch bei anderen Geschäften ist es wichtig, dass nicht nur auf die Resultate des STEK gewartet und kurzfristig nichts mehr umgesetzt wird. Burgdorf braucht bei verschiedenen Projekten Fortschritte, die nicht mehr weiter verzögert werden dürfen. Man spürt auch, dass die Erarbeitung eines STEK aus Sicht der Stadtplanung ein sehr wichtiges Projekt ist. Leider widerspiegelt sich das in den aufgeführten internen Projektressourcen auf den ersten Blick aber nur bedingt. Für die interne Gesamtprojektleitung sind für den Leiter der Stadtentwicklung vier Stunden und für die Projektleiterin der Stadtplanung acht Stunden pro Woche eingeplant. Das sind umgerechnet nur 10 oder 20 Stellenprozente. Da stellt sich schon die Frage, ob das dann reicht. Ein starker Einbezug der internen Mitarbeitenden scheint für den Projekterfolg wesentlich, einerseits um bestehendes Wissen einbringen zu können, aber auch damit die erarbeitete Vision später weiterentwickelt werden kann. Zusammenfassend bleibt trotz der Sinnhaftigkeit des Stadtentwicklungskonzepts Risiken bestehen. Die Kosten sind hoch, die internen Ressourcen begrenzt und man wird genau schauen müssen, ob die versprochenen Resultate tatsächlich erreicht werden. Die GLP-Fraktion hat noch zwei konkrete Fragen. Man möchte wissen, ob Zwischenberichte an den SR vorgesehen sind. Wenn es sich um ein so wichtiges Projekt handelt, würde man das sehr begrüssen. Andererseits interessiert, ob es Gründe gibt, wieso das Projekt nicht mehr mit internen Ressourcen umgesetzt werden kann. Summa summarum hat man Vertrauen in den GR und in die Verwaltung und glaubt, dass ein entsprechendes Stadtentwicklungskonzept Burgdorf weiterbringen kann. Trotzdem bleibt irgendwo ein unklares Gefühl. Die GLP-Fraktion tut sich vor der Diskussion im Rat schwer einen Konsens zu finden und würde eine kurze Pause vor der Abstimmung verlangen.

Stadtratspräsident Merz Adrian teilt mit, dass vor der Abstimmung eine Pause gemacht wird.

Stadtpräsident Berger Stefan nimmt Stellung zu den Fragen der GLP-Fraktion. Ein Zwischenbericht an den SR könnte anlässlich der Informationsveranstaltung erfolgen. Der Vorschlag wird entsprechend aufgenommen. Es stellt sich die Frage, ob man interne Ressourcen aufbauen will, so wie es beispielsweise Thun und Biel gemacht haben. Man hat aber dann interne Stellen blockiert. Man holt deshalb externes spezifisches Fachwissen dazu. Wenn das Projekt dann abgeschlossen wird, hätte man einen

zu hohen Stellenpool innerhalb der Stadtentwicklung. Deshalb wird mit externen Personen zusammengearbeitet. Es besteht noch die Angst, dass andere Projekte zurückstehen oder nicht realisiert werden können. Die laufenden Projekte laufen genau gleich weiter. Man stoppt kein Projekt. Wenn das Stadtentwicklungsprojekt kommt, wird kein einziges Projekt gestoppt bis die Stadtentwicklung oder die Ortsplanungsrevision vorliegen. Diese Projekte werden nach wie vor vorwärtsgetrieben. Die Projekte müssten schneller vorwärtsgetrieben werden. Es hat aber nichts mit den Ressourcen zu tun, die man in der Stadt Burgdorf hat.

Stadträtin Blume Tanja, namens der SP-Fraktion, begrüsst die Vorlage und unterstützt die Erstellung eines Stadtentwicklungskonzepts. Die baurechtliche Grundordnung von Burgdorf ist schon über zwanzig Jahre alt und muss dringend angepasst werden. Die Welt ist im Wandel und das trifft auch Burgdorf. Mit der Klimakrise kommt eine Riesenherausforderung auf uns zu. Aber auch beispielsweise gesellschaftliche Veränderungen führen dazu, dass sich Burgdorf konstant weiterentwickeln muss. Vielleicht denken einige, dass es nicht zuerst ein Konzept brauchen würde. Es muss klargestellt werden, dass man die baurechtliche Grundordnung einer Stadt, bestehend aus Baureglement und Zonenplan, umsetzen muss. Man muss zuerst wissen, was man vorhat. Man muss wissen, was wo geplant ist und wie sich die Stadt entwickeln sollte, damit man nachher konkretisieren kann. Ein Stadtentwicklungskonzept ist also nicht ein unnötiger Zwischenschritt, sondern ein notwendiger erster Schritt in die richtige Richtung. Das soll Burgdorf besser heute als morgen in Angriff nehmen. Im Gegenteil, es beisst sich nicht mit anderen Projekten. Es hilft zu verstehen, wo, wann welche Projekte in Planung sind und wie unsere Stadt in den nächsten Jahrzehnten aussehen wird. Das wird auch bei der zukünftigen Entwicklung der Schulraumplanung von Vorteil sein. Auch andere Städte haben ein Stadtentwicklungskonzept erarbeitet und entsprechend Geld investiert, wie zum Beispiel Thun oder auch Uster, wie einige unserer Ratsmitglieder vor ein paar Jahren an einem Ausflug lernen durften. Der Fahrplan ist sinnvoll und realistisch. Bis Ende 2028 soll das Stadtentwicklungskonzept fertig sein und bis Ende 2032 soll die Überarbeitung der baurechtlichen Grundordnung abgeschlossen werden. Es ist wichtig, dass man das jetzt anpackt und als erster Schritt heute hier diesen Kredit als Investition in unsere Zukunft, in die Zukunft von Burgdorf, spricht.

Stadtrat Lauwiner Jonas, König JL im Dienst für die Burgdorfer, hat zwei Fragen. Es heisst, dass es dadurch weniger Risiken für Einsprachen gibt. Ist dies so, weil man die Rechte der Leute einschränkt? Wird die Freiheit der Bürger mit solchen Massnahmen, die für ganz Burgdorf gelten, eingeschränkt? Es muss sichergestellt werden, dass mit dem STEK keine weiteren Beschränkungen kommen für Personen mit Haus oder die hier leben.

Stadtpräsident Berger Stefan teilt mit, dass das Gegenteil der Fall ist. Man sollte in den Perimetern, in denen man bauen kann, mehr ermöglichen können. Man sollte in den Perimetern einfacher bauen können. Man will das ganze Baureglement entschlacken. Es sind viele Dinge enthalten, die man einfacher und besser machen kann. Es ist das Ziel, das Baureglement zu entschlacken, damit man schneller vorwärtsgeht. Wenn man die Leute am Anfang mit auf den Weg nimmt, reduziert dies das Risiko von Einsprachen schlussendlich.

Stadtrat Lauwiner Jonas, König JL im Dienst für die Burgdorfer, teilt mit, dass gesagt wurde, dass eine Gruppe von Personen daran beteiligt sein werden. Konnte früher bei der Ortsplanungsrevision jeder sein Anliegen einbringen?

Stadtpräsident Berger Stefan teilt mit, dass Vertretende aus den Quartieren, aus der Wirtschaft und der Politik miteinbezogen werden. In der Phase der baurechtlichen Grundordnung hat eine öffentli-

che Mitwirkung und Auflage stattgefunden. Das ist ein normaler Prozess. Es wird kein Recht beschnitten, es kann sich jeder einbringen. Es wird kein Demokratierecht beschnitten, sondern jeder hat entsprechende Möglichkeiten seine Bedenken bei der öffentlichen Auflage einzubringen.

Stadtrat Wüthrich Urs, namens der SVP-EDU-Fraktion, dankt Imhof Mark und Morgan Anna Lea für die interessante Präsentation. Die SVP-EDU-Fraktion hat auch lange und intensiv diskutiert. Man kommt zum Schluss, dass man sich angesichts der angespannten Finanz- und Schuldenlage bei jedem Kredit fragen muss, was zwingend nötig und was eher Luxus ist. Eine Ortsplanungsrevision ist eine gesetzliche Pflichtaufgabe und dahinter steht man klar. Aber wie man das angehen will, liegt ganz in unserer Hand. Es darf nicht sein, dass man in dieser frühen Phase bereits enorme Summen für externe Planungsbüros auf geplante Vorprozesse beschliesst. Vorverlagerte Debatten bringen mangels Rechtsverbindlichkeiten vom STEK keinen rechtlichen Mehrwert und verteuern das Verfahren wie ersichtlich massiv. Das kantonale Baugesetz garantiert der gesamten Stimmbevölkerung und nicht nur selektiven Gruppen im weiteren Verlauf ohnehin ein klares formelles Mitwirkungsrecht. Es käme also zu Doppelspurigkeit. Vertrauen wir stattdessen auf das Fachwissen unserer eigenen Verwaltung. Die SVP-EDU-Fraktion wird den Kredit geschlossen ablehnen.

Stadträtin Liechti-Lanz Esther, namens der EVP, teilt mit, dass man auch bezüglich der externen Büros diskutiert hat, die man zusätzlich zur Zonenplanungsrevision beziehen will. Es ist wichtig, dass bei einer solchen Revision die entsprechenden Kompetenzen vorhanden sind. Die Arbeit der Mitarbeitenden der Baudirektion wird nicht geschmälert. Stadtrat Liechti-Lanz Esther arbeitet auf einer Intensivstation und sie würde es sich nicht zumuten, auf einer Kinderintensivpflegestation zu arbeiten. Deshalb soll Burgdorf weise die Ressourcen von externen Personen nutzen. So können längerfristig eventuell sogar Kosten im Projekt gespart werden.

Stadtrat Dür Hermann, namens der SVP-EDU-Fraktion, teilt mit, dass er der Diskussion zugehört und den Eindruck hat, dass nicht alle vom Gleichen sprechen. Es steht, so wie er es verstanden hat, nicht zur Diskussion, ob man die Ortsplanungsrevision in Angriff nehmen will oder nicht. Sämtliche Anwesende im Saal sind sich einig, dass man dies in Angriff nehmen muss. Dieser Teil ist unbestritten. Es wird davon gesprochen, dass man die Grundlage dazu braucht. Es ist klar, dass man das braucht. Der Kanton schreibt eine Ortsplanungsrevision vor und die Gemeinden zuerst die Grundlagen erarbeiten muss. Wie die Ortsplanrevision im Konkreten durchgeführt wird, darüber kann man gar nicht abstimmen. Es ist vom Gesetzes wegen vorgegeben, dass die Gemeinde die Grundlagen erarbeiten muss. Der Kanton gibt aber die Richtung nicht vor. Es war auch die Rede davon, dass eine Mitwirkung und Partizipation wichtig sind. Auch das steht nicht zur Diskussion. Bei der Ortsplanrevision ist zwingend eine Vernehmlassung eingebunden. Bei der Vernehmlassung können sich alle einbringen. Es wurde auch gesagt, dass man mit dem STEK Einsprachen verhindern könnte. Einsprachen können verhindert werden, wenn man bei der Vernehmlassung gut zuhört, was gesagt wird. Auf der Kostenseite sind externe Kosten von Fr. 860'000.-- und interne Kosten von Fr. 351'000.-- aufgeführt. Das ergibt ein Total von 1.2 Mio. Franken. In Anbetracht dessen, dass sehr vieles vorgegeben ist, die Partizipation, die Grundlagenerschaffung, etc. ist ganz klar, dass der GR die Grundlagen erarbeiten muss. Stadtrat Dür Hermann ist jedoch der Meinung, dass man dies nicht für 1.2 Mio. Franken tun muss und stellt deshalb einen Rückweisungsantrag. Der GR soll dem SR bei nächster Gelegenheit einen neuen und günstigeren Vorschlag unterbreiten.

Stadtratspräsident Merz Adrian teilt mit, dass nun ein Rückweisungsantrag und ein Ordnungsantrag für eine Pause vorliegen.

Stadtrat Käsermann Fabian, namens der SP-Fraktion, teilt mit, dass man überlegen muss, was die verschiedenen Fraktionen und Parteien gesagt haben. Dabei gibt es Widersprüche. Manche wollen weniger machen und manche mehr. Andere finde es zu risikoreich und wollen es tendenziell professioneller machen. Die Ansprüche gehen zum Teil auseinander. Das würde jedoch nicht mit dem Rückweisungsantrag, damit es billiger wird, übereinstimmen.

PAUSE

Abstimmung

Rückweisungsantrag Stadtrat Hermann Dür

Beschluss

Der Stadtrat stimmt mit 19 Ja und 17 Nein Stimmen dem Rückweisungsantrag zu.

Stadtpräsident Berger Stefan teilt mit, dass man froh wäre, wenn der SR ein Kostendach vorgeben würde. Es macht keinen Sinn, erneut ein Kredit vorzulegen, ohne zu wissen in welcher Höhe dieser sein soll. Mit der Rückweisung verliert man Zeit, die man nicht wirklich hat. Der SR wird gebeten, dem GR die mögliche Höhe des Kredites mitzuteilen, damit man nicht wieder die gleiche Diskussion führen muss. Das Projekt werden wir wohl nicht in dieser Legislatur abschliessen können. Die Ortsplanungsrevision werden wir verzögert in Angriff nehmen können. Es sind nicht Mittel aus der laufenden Rechnung, sondern aus der Mehrwertabgabe. Kein Projekt wird schneller umgesetzt, auch mit der Rückweisung nicht.

SRB: 2026-999 | Registratur-Nr. 2.11.1

Kredit Antrag: Reaktivierung und Sanierung Lyssachbach, Ausführungsprojekt

Verhandlung

Stadtratspräsident Merz Adrian stellt die Eintretensfrage. Gemäss Stillschweigen ist das Eintreten unbestritten.

Seitens der GPK und des GR werden keine Bemerkungen gemacht.

Stadträtin Althaus Annemarie, namens der SP-Fraktion, teilt mit, dass man einig ist, dass diese Massnahmen einen Beitrag zur Verbesserung des Stadtklimas leisten. Offene Gewässer wirken kühlend und sind ökologisch positiv zu beurteilen. Jede Bachöffnung stellt einen Mehrwert dar und ermöglicht eine aktivere Gestaltung des Stadtraums. Der Kreditantrag ist bei der SP-Fraktion unbestritten.

Stadtrat Hedinger Christian, namens der Grüne-Fraktion, teilt mit, dass es hier um ein Gewässer geht, das kein Gewässer ist. Das heisst, es ist in allen Karten eigentlich ein Gewässer. Es hat einen Gewässerraum, aber es ist kein Wasser enthalten. Das ist genau in diesem Quartier der Fall. Es hat ohne hin nicht viel Grünes und auch sonst nichts, das die Lebensqualität etwas steigern könnte. Daher ist es unbestritten, dass man hier etwas machen muss. Es ist im Bahnhofquartier und deshalb ist die Grüne-Fraktion Fraktion unisono dafür, dass man die Sanierung und die Revitalisierung dieses Baches macht.

Abstimmung

1. Das Projekt für die Reaktivierung und Sanierung Lyssachbach wird genehmigt.
2. Für die Ausführung wird ein Kredit von brutto 1'100'000.00 genehmigt (Sachgruppen-Nr. 5020.01 Wasserbau, Kostenstellen-Nr. 2010.5010.03 Reaktivierung und Sanierung Lyssachbach).
3. Der Beschluss unterliegt dem fakultativen Referendum.
4. Der Gemeinderat wird mit dem weiteren Vollzug beauftragt.

Beschluss

Der Stadtrat genehmigt mit 35 Ja und 1 Nein Stimmen die Anträge.

SRB: 2026-1000 | Registratur-Nr. 3.4.6

Geschäftsbericht 2025

Verhandlung

Stadtratspräsident Merz Adrian stellt die Eintretensfrage. Gemäss Stillschweigen ist das Eintreten unbestritten. Der Vorsitzende informiert über den Ablauf der Diskussion. Es erfolgt keine direktionsweise Detailberatung. Die Fraktionen können mehrere Voten halten, je nachdem wie man sich vorbereitet hat.

Stadtrat Greisler Yves, namens der GPK, teilt mit, dass die GPK am 7. Mai 2026 im Rahmen einer gemeinsamen Sitzung mit dem GR den Geschäftsbericht 2025 behandelt hat. Als Auskunftspersonen zur Verfügung standen der GR und von Seiten der Verwaltung Stadtschreiber Ghioldi Stefan und Muralt Christoph, Leiter Finanzdirektion. Um die Sitzungseffizienz zu erhöhen, wurden die Fragen zu den einzelnen Direktionen, Produktgruppen beziehungsweise zu den Produkten bereits vorgängig unter Zuhilfenahme des online Tools gestellt, beantwortet und allfällige Unklarheiten an der Sitzung danach finalgeklärt. Das frühzeitige Ansetzen der Sitzung hat den Druck auf die Verfasser einmal mehr erhöht und so konnten auch die Korrekturen seitens der GPK bereits in der erstaufgeschalteten Version berücksichtigt werden. Das hat bekanntlich leider im letzten Jahr nicht geklappt. Das Lektorat hat im Nachgang auch noch seine Arbeit geleistet und die sprachliche Qualität des Berichts noch einmal verbessert. An dieser Stelle nochmals einen grossen Dank an den GR, an die Verwaltung und an die GPK für die geleistete Vorarbeit. Der Geschäftsbericht 2025 wurde korrekt nach HRM2 erstellt. Die Struktur und der Aufbau sind allseits bekannt. Die Übersichtlichkeit, der Informationsgehalt und die Darstellung sind sehr gut. Der Geschäftsbericht bietet einer interessanten Leserschaft mit erträglichem Zeitaufwand vielseitige und interessante Informationen zur Stadt Burgdorf über das vergangene Jahr. Ein wichtiges Instrument ist insbesondere der Kompass. Er bietet auf wenigen Seiten ein qualitativ gutes und übersichtliches Konzentrat mit den wichtigsten Zahlen zum Jahresabschluss. Am 21. Mai 2026, zwei Wochen nach der gemeinsamen Sitzung des GR und der GPK, hat die Ergebnisprüfung stattgefunden. Die Ausführungen dazu finden wie gewohnt an der nächsten Stadtratssitzung statt. Die GPK kann aber mit gutem Gewissen bestätigen, dass der Geschäftsbericht einmal mehr aussagekräftig und richtig ist. In der Vergangenheit wurde die periodische Überprüfung der Wirkungs- und Leistungsziele der GPK wiederholt angesprochen und gefordert. Dieser Umstand wurde anerkannt und wurde bereits teilweise umgesetzt. Es gibt allerdings noch Bereiche, in denen diesbezüglich noch Handlungsbedarf herrscht. Gemäss dem schriftlichen Bericht sollte das bereits im Budget 2026 berücksichtigt sein. Die GPK verzichtet darauf, die Jahresrechnung im Detail zu erläutern. Das ist bekanntlich Aufgabe der zuständigen Gemeinderätin Kuster Müller Beatrice. Grundsätzlich kann man

aber festhalten, dass sich die Jahresrechnung auf den ersten Blick erneut ordentlich präsentiert. In der Erfolgsrechnung schliesst sie mit einem Überschuss von gut 5.62 Mio. Franken um rund 0.4 Mio. Franken besser ab als budgetiert. Das Ergebnis ist jedoch nur durch einen kleinen Kunstgriff möglich, nämlich durch die Entnahme von 1.63 Mio. Franken aus der Spezialfinanzierung Steuerausgleich. Da die Neubewertungsreserven Finanzvermögen, wie vom SR beschlossen, bis Ende 2025 aufgelöst werden mussten, sollte die Investitionsrechnung einmal mehr hellhörig machen. Statt der budgetierten 12.6 Mio. Franken haben sich Nettoinvestitionen von 14.4 Mio. Franken ergeben. Wenn man allerdings die Aktienkapitalerhöhung der Localnet AG von 10 Mio. Franken abzieht, ergibt sich nur noch ein Ausschöpfungsgrad von gerade einmal 36% Prozent beziehungsweise von 4.4 Mio. Franken, also ein knapps Drittel. Das wird sich in Zukunft rächen. Die notwendigen Investitionen stauen sich einmal mehr auf und bergen eine grosse Gefahr einer künftigen Fremdkapitalerhöhung. Die knapp 66.64 Mio. Franken in der Vorfinanzierung durch die Einlage der Gewinne sind zwar schön, aber die effektiv flüssigen Mittel, um die Vorfinanzierung dann auch bezahlen zu können, sind nämlich nicht vorhanden. Zudem muss in künftigen Budgets auch mit leicht höheren Fremdkapitalzinsen gerechnet werden. Zusammenfassend kann einmal mehr gesagt werden, dass sich die finanzielle Lage der Stadt Burgdorf in Klammern noch einigermaßen ordentlich präsentiert. Aufgrund der anstehenden Investitionsausgaben gibt es aber wahrlich keinen Grund, euphorisch zu werden. Hinzu kommt, dass nach HRM2 sämtliche aktivierten Positionen abgeschrieben werden müssen, was die künftigen Erfolgsrechnungen weiter belasten wird. Die GPK dankt zum Schluss allen beteiligten Personen, die am Geschäftsbericht mitgewirkt haben und empfiehlt dem SR, die Beschlussanträge des GR sowie auch den Geschäftsbericht 2025 zu genehmigen.

Gemeinderat Kuster Müller Beatrice dankt dem Präsidenten der GPK für seine Bemerkungen, die sich bei fast allem mit ihrem Votum decken. Der Kompass ist aussagekräftig und liefert einen schnellen Überblick. Dem Präsidenten der GPK zu widersprechen, ist zwar etwas unrühmlich, aber es muss sein. Die Jahresrechnung 2025 schliesst schlechter ab als budgetiert. Es ist das erste Mal seit Jahren und ist im Kompass an den Kurven zu erkennen. Der Gesamthaushalt beläuft sich auf 5.26 Mio. Franken. Nebst dem Gesamthaushalt sind der allgemeine Haushalt, die Abfallentsorgung, die Abwasserentsorgung und die Feuerwehr. Im allgemeinen Haushalt verzeichnet man einen Gewinn. Bei der Abfallentsorgung, Abwasserentsorgung und Feuerwehr resultiert ein Verlust. Zum Teil ist das gewollt. Im allgemeinen Haushalt resultiert ein Gewinn von 5.78 Mio. Franken. Der Gewinn in der Schwankungsreserve soll in die Spezialfinanzierung Parkgebühren sowie in Schulanlagen und Verwaltungsgebäude verteilt werden. Der SR entscheidet heute über die Verteilung. Die Zahlen der Rechnung 2025 wurden mit dem Budget 2025 verglichen. Das ist ein wichtiger Parameter, um zu sehen, ob man im Budgetprozess 2026 auf Kurs ist. Man hat bereits den Budgetprozess 2027 begonnen. Es ist hilfreich, um richtungsweisende Entscheidungen zu finden. Bei der Abfallentsorgung konnten man vor allem höhere interne Personalkosten verrechnen und man hat einen Minderertrag bei den Verbrauchsgebühren. Das führte im Budget zu dieser Abweichung. Bei der Abwasserentsorgung hat man vor allem höhere Verbrauchsgebühren und gleichzeitig tiefere Beträge an die ARA. Bei der Feuerwehr konnte dank höheren Erträgen der Feuerwehersatzgabe und tieferen Personal- und Mietkosten ein besseres Ergebnis erzielt werden. Wie es der Vorredner bereits gesagt hat, ist das operative Ergebnis alles andere als zufriedenstellend. Im Jahr 2024 war es noch positiv und jetzt negativ. Das operative Ergebnis im allgemeinen Haushalt ist nicht zufriedenstellend. In der Rechnung 2024 war es noch zufriedenstellend. Beim operativen Ergebnis setzt sich der betriebliche Aufwand zusammen aus dem Personalaufwand, den Sach- und übrigen Betriebsaufwände, den Abschreibungen, dem Verwaltungsvermögen, den Einlagen in Fonds und Spezialfinanzierung, dem Transferaufwand, den durchlaufenden Beträgen und den internen Verrechnungen. Der betriebliche Ertrag beinhaltet der Fiskalertrag, die Regalien und Konzessionen, die Entgelte, verschiedene Erträge, die Entnahmen aus Fonds und Spezialfinanzierungen, die Transfererträge, die durchlaufenden Beträge und die internen Verrechnungen.

Beim Transferertrag resultiert ein Minderaufwand von 2.62 Mio. Franken. Darin sind die Lehrerlöhne, die Sozialhilfe, die EL, die Beträge an Kindertagesstätten und die privaten Haushalte enthalten. Diese Positionen sind lastenausgleichsberechtigt. Bei den Wertberichtigungen auf Beteiligungen wird ein plus verzeichnet. Eine Verbesserung um 46 Prozent konnte beim Transferertrag von 0.43 Mio. Franken erzielt werden. Das ist vor allem auf die höheren Beträge aus dem Disparitätenabbau zurückzuführen. Das bedeutet, dass Burgdorf eine steuerschwache Gemeinde ist. Beim ausserordentlichen Ertrag wurde ein Mehrertrag von 2.1 Mio. Franken erzielt. Dabei geht es um die Spezialfinanzierung für Schulanlagen und Verwaltungsgebäude sowie für den Steuerausgleich. Die Mehrkosten beim Personalaufwand betragen 0.79 Mio. Franken. Beim Marketing und der Kommunikation wurde eine neue Stelle geschaffen wie auch bei der Schulsozialarbeit und dem Sozialdienst. Die Fallzahlen beim Sozialdienst haben sich nicht entwickelt wie vorgesehen. Es wurde zudem die wichtige Fachstelle Alter geschaffen. Ebenfalls wurde das Portfoliomanagement bei den Immobilien geschaffen. Diese konnte jedoch bis jetzt nicht besetzt werden. Man erledigt die Arbeiten teilweise auch auf Honorarbasis. Die Kosten werden bereits generiert. Die Unfall- und Taggelder sind schlechter ausgefallen. Der Sach- und Betriebsaufwand verzeichnet einen Mehraufwand von 0.61 Mio. Franken. Dabei handelt es sich um Material- und Warenaufwand, Dienstleistungen und Honorare sowie die IT-Sicherheit. In die IT-Sicherheit hat man ziemlich viel investiert, weil man gewisse Instabilitäten hatte. Es war für die Verwaltung teilweise mühsam zu arbeiten. Wahrscheinlich war der SR teilweise auch über CMI betroffen. Seit man die Anschaffungen und Anpassungen gemacht hat, läuft das System einwandfrei und sehr stabil. An dieser Stelle dankt Gemeinderätin Kuster Müller Beatrice dem IT-Team für ihre Arbeit. Sie haben Tag und Nacht dafür gesorgt, dass das System am Laufen bleibt. Gleichzeitig arbeitet man an der Beschaffung und der Erneuerung der IT. Beim Energie- und Heizmaterial verzeichnet man ein Minus. Beim Fiskalertrag hat man sich verrechnet. Dort wird die Annahme des Kantons eingeplant und man schaut sich die letzten Jahre an. Die Bautätigkeit in Burgdorf ist immer noch gross, deshalb rechnet man damit, dass noch etliche Personen zuziehen. Bei den Zuzügen hat man die Situation, dass leider nur wenige steuerpflichtig sind. Bei den Steuern sind die Einnahmen nicht so eingetroffen, wie man geplant hat. Der Bevölkerungswachstum ist moderat ausgefallen. Die Einkommenssteuer bei den natürlichen Personen war nicht wie erwartet ausgefallen. Die Quellensteuer gehört auch dazu. Die Einnahmen der juristischen Personen sind tiefer ausgefallen als budgetiert. Das Grundstücksgewinnsteuer ist tiefer ausgefallen als budgetiert. Einzig die Steuerauscheidungen der juristischen Personen, das sind Firmen mit einer Filiale in Burgdorf, werden von ihrem steuerpflichtigen Ort das Geld verteilt. Der Mehrertrag war nicht budgetiert. Das deponierte Geld bei der Spezialfinanzierung Steuern kann man nur holen, wenn man einen Minderertrag beim Steuereinkommen hat. Weil man das Geld freispielen möchten, hat man zusätzlich etwas mehr Steuereinnahmen budgetiert. Dies in der Hoffnung, dass man es nicht braucht. Jetzt wird es aber gebraucht. Dies erscheint auf der Ertragsseite. Das ist der Ausgleich, was man an Mindereinnahmen bei den Steuern gegenüber dem Budget hat. Das kann man aus dieser Spezialfinanzierung nehmen. Es wird nicht erst am Schluss verrechnet. Weitere Verschlechterungen sind bei den Entgelten zu verzeichnen. Der Minderertrag beträgt rund 0.5 Mio. Franken. Die bei der Rückerstattung von Sozialhilfe, die lastenausgleichsberechtigt sind. Ein Plus ergeben die Benützungsgebühren und Dienstleistungen, Verkäufe bei der Tageschule und den Bussen. Beim Finanzertrag liegt ein Minderertrag von rund 0.6 Mio. Franken vor. Die Dividende der Localnet AG ist tiefer ausgefallen als budgetiert. Die Liegenschaftserträge des Finanzvermögens und des Verwaltungsvermögens sind aber im Plus. In Bezug auf die Verschlechterung hat man einen ausserordentlichen Aufwand von 38 Mio. Franken zu verzeichnen. Beim ausserordentlichen Aufwand liegt ein Mehraufwand von 0.7 Mio. Franken vor. Dies durch Einlagen in die Spezialfinanzierung Schulanlagen und Verwaltungsgebäude sowie Parkgebühren. Das Eigenkapital beträgt 96.34 Mio. Franken und wird verteilt auf die Bereiche Spezialfinanzierung Eigenkapital, Vorfinanzierung Eigenkapital, finanzpolitische Reserve, Neubewertungsreserve Finanzvermögen und Bilanzüber-

schuss. Der Überschuss ist schon seit längerer Zeit immer gleich. Die Investitionen sind schwach ausgefallen. Das hat der Vorredner bereits erwähnt. Die Investitionen betragen brutto 15.39 und netto 14.47 Mio. Franken. Der Ausschöpfungsgrad beträgt brutto 114 Prozent. Aufgrund der Aktienkapitalerhöhung der Localnet AG von 10 Mio. Franken wird sich das Ergebnis verzerrt darstellen. Der Ausschöpfungsgrad brutto ohne Aktienkapitalerhöhung der Localnet AG beträgt 36 Prozent. Bei den grossen Projekten wurde nur 0.93 statt 9.14 Mio. Franken investiert. Bei den Projekten geht es um den Hochwasserschutz, B.move, Park and Ride Anlagen Bahnhof, Rollsportanlage, Einstellhalle Farbweg und Schulbauten, die nicht umgesetzt werden konnten. Die Schulden betragen anfangs Jahr 2025 110 Mio. Franken und Ende Jahr 2025 120 Mio. Franken. Es wäre falsch zu sagen, dass die 10 Mio. Franken von der Localnet AG sind. Die Localnet ist nicht der Sündenbock, sondern die gesamte Summe führte zu der Neuverschuldung von 10 Mio. Franken. Der Selbstfinanzierungsgrad nach Kanton liegt bei 4 Prozent. Bei einer Berechnung ohne Gewinnverteilung liegt dieser in Burgdorf bei 44 Prozent und ohne Gewinnverteilung und Aktienkapitalerhöhung der Localnet AG bei 142 Prozent. Das sind schlechte Zahlen. Die Schulden halten sich im Vergleich zum Haben gemäss den Finanzvorgaben immer noch im Gleichgewicht. Man kann immer noch sagen, dass die Finanzsituation gut ist. Im Vergleich mit vergleichbaren Gemeinden waren und ist Burgdorf immer noch im Mittelfeld. Im Kompass kann man dies gut sehen, denn dort wird mit Farben gearbeitet. Grün bedeutet man ist besser und rot man ist schlechter. Burgdorf ist nach wie vor ausreichend bis gut. Bei der Selbstfinanzierung der Investitionen ist Burgdorf ungenügend. Das kann man nicht anders benennen. Die Aufgaben und die Herausforderungen muss Burgdorf meistern. Man ist daran, wie zum Beispiel beim Schulraum. Es gibt weitere grosse Herausforderungen. Die Finanzplanung wird für 10 Jahre gemacht. Diese Zahlen kann man nicht schönreden. Sie werden noch ein wenig schlechter, bis es dann einen Turnaround gibt. Aber weiss man schon, was in fünf oder zehn Jahren passiert? Mittlerweile weiss man, dass es eine Pandemie geben kann oder in Europa einen Krieg. Die Auswirkungen können nicht vorhergesagt werden. Es ist manchmal Kaffeesatz lesen. Ein Dank für die grosse Arbeit geht an die Finanzdirektion, namentlich Muralt Christoph, Leiter Finanzdirektion, und Käser Jens, Leiter Finanzen. Mit der erstellten Finanzstrategie, die der GR verabschiedet hat, hat man sich Leitplanken gesetzt. Es sind Leitplanken und Wegweiser für die Zukunft und auch verbindlich. Die Finanzstrategie wird dem SR noch vorgestellt.

Stadtrat Kämpf Jürg, namens der FDP-Fraktion, teilt mit, dass es ein Sprichwort gibt: «der Krug geht zum Brunnen bis er bricht». Man weiss nicht, ob der Krug zuerst zerbricht oder ob der Brunnen ohnehin schon ausgetrocknet ist, bevor der Krug zerbricht. Natürlich kann es passieren, dass die Steuereinnahmen nicht so ausfallen, wie man es prognostiziert hat. Man vergleicht die Zahlen nie mit dem Budget, sondern immer mit der Jahresrechnung. Jetzt gab es einmal 2 Mio. Franken weniger. Das ist nur ein Problem, wenn man auf den ständigen Zuwachs angewiesen ist und das tut natürlich doppelt weh. Was über die Jahre hinweg absehbar war und was man immer wieder gepredigt hat, ist, dass das Finanzergebnis, das man über Jahre hinweg immer wieder herausgeholt hat, einmal nicht mehr gleich hinkriegt. Jetzt ist es passiert, es haben 9 Mio. Franken gefehlt. Jetzt hat man plötzlich auf der Stufe operativer Ergebnisse ein Minus von 4.5 Mio. Franken, dort wo man immer tiefschwarz war. Nun ist nichts anderes übriggeblieben als im Rahmen von über 10 Mio. Franken Spezialfinanzierungen aufzulösen oder aus diesen Töpfen Entnahmen zu treffen, damit man die letzte Tranche dieser Neubewertungsreserve von 5.3 Mio. Franken überhaupt noch in den Schulraumtopf überleiten konnte. Das ist die Realität. In diesem Topf sind rund 40 Mio. Franken. Mittlerweile weiss man, dass es schön anzusehen ist, aber es wird nicht helfen die Schuldenentwicklung abzufedern, wenn man wirklich Investitionen für den Schulraum tätigen wird. Der Selbstfinanzierungsgrad ist der Grad, der am meisten aussagt, wie es um die Liquidität steht. Das heisst, man hat einen schwachen Selbstfinanzierungsgrad. Da ist man auch selbstkritisch. Jeden zusätzlichen Franken, den man investiert, geht praktisch aus heutiger Sicht zulasten der Schulden. Was aber ärgerlich ist, dass man wieder über 1

Mio. Franken Personalkostenzuwachs bei der Verwaltung gegenüber dem Jahr 2024 zu verzeichnen hat. Es wurden wieder neue Stellen geschaffen. Die FDP-Fraktion hat bereits vor drei Jahren gesagt, dass man seit dem Jahr 2018 einen Personalkostenzuwachs von 6.6 Mio. Franken verzeichnet. Wenn man es grosszügig rechnet, sind es 7 Mio. Franken, das heisst jedes Jahr 1 Mio. Franken mehr. Im gleichen Zeitraum, wenn man die ukrainischen Personen mit Schutzstatus S ausschliesst, wohnen rund 700 Personen mehr in Burgdorf. Das sind also 7 Mio. Franken mehr für Verwaltungspersonal und 700 Personen mehr in Burgdorf. Was sich zum Glück immer gut entwickelt hat, sind die Steuererträge. Zum Glück hat man seit dem Jahr 2018 rund 8.6 Mio. Franken zusätzlich eingenommen. Was bedeutet das genau? Vom zusätzlichen Steuerfranken, den man eingenommen hat, aufgerundet sind es 80 Rappen, können 20 Prozent behalten werden, um den Aufwand zu decken und zu investieren, damit es nicht zu Lasten der Schulden geht. Es ist nicht einfach zu sparen, es ist sehr unangenehm, gleichwohl wird seit Jahren in einer unverantwortlichen Art und Weise Steuergelder für eine ausufernde Bürokratie ausgegeben. Die SP-Fraktion ist der Meinung, dass eine Stadt nicht gleich zu führen ist wie eine Unternehmung. Eine Stadt darf und muss investieren, eine Unternehmung übrigens auch. Eine Stadt darf sich auch verschulden, aber sie darf nie das Augenmass verlieren. Schlussendlich sind es im Gegensatz zu den privaten Unternehmungen nicht eigene Gelder, sondern es sind Gelder der Steuerzahler und Steuerzahlerinnen. Die FDP-Fraktion kann für diese Legislatur die Hoffnung aufgeben, dass irgendwo eine Besserung oder auch eine Einsicht eintritt, dass man diese Kosten wenigstens einmal deckelt. An Ausgabenkürzungen und an echte Sparmassnahmen kann man an dieser Stelle gar nicht denken. Deshalb wird die FDP-Fraktion den Geschäftsbericht in diesem Sinn nicht annehmen beziehungsweise die Stimme enthalten.

Stadträtin Bannwart Gabriela, namens der SP-Fraktion, dankt dem GR und der Verwaltung für die sorgfältige Ausarbeitung des Geschäftsberichts. Bevor man über die Finanzen spricht, wird darauf hingewiesen, dass der Bericht eindrücklich aufzeigt, wie vielfältig die Aufgaben und Herausforderungen einer Stadt wie Burgdorf sind. Gleichzeitig macht er deutlich, dass in vielen Bereichen wichtige Projekte vorangetrieben und zentrale Grundlagen für die zukünftige Entwicklung geschaffen werden konnten, so beispielsweise die Verabschiedung der Vision Burgdorf 2050, die Legislaturplanung 2025 bis 2028. Sie bilden wichtige Grundlagen für eine nachhaltigere und vorausschauendere Entwicklung der Stadt Burgdorf. Es wird verzichtet, die Erfolgsrechnung zu wiederholen, man konnte sie selbst lesen. Die SP-Fraktion hat die Verschuldung etwas genauer angeschaut. Wenn man sie etwas genauer betrachtet und pro Kopf vergleicht, dann kann festgehalten werden, dass die Verschuldung in Burgdorf etwa Fr. 1'200.-- pro Kopf beträgt. Zum Vergleich, auf Kantonsebene sind es Fr. 5'000.-- und auf Bundesebene sogar Fr. 14'000.-- pro Kopf. Wieso wird dies erwähnt? Weil es wie in den Vorjahren nicht nach rein betriebswirtschaftlichen Kriterien geführt werden muss. Eine Stadt hat einen öffentlichen Auftrag. Sie muss in Bildung, soziale Sicherheit, Kultur, Integration, Nachhaltigkeit und eine funktionierende Infrastruktur investieren, auch dann, wenn sich das nicht kurzfristig finanziell auszahlt. Diese Investitionen sind nicht freiwillig, sondern sie sind Voraussetzung. Jeder Franken, den man heute nicht investiert, kostet später mehr. Wie die FDP-Fraktion bereits gesagt hat, spricht man hier über Steuergelder, aber welchem Bürger oder welcher Bürgerin ist geholfen, wenn sich der Selbstfinanzierungsgrad ganz nett präsentiert, aber die Stadt absolut nichts zur Verfügung stellt? Noch eine Bemerkung zu den Personalkosten. Der SR hat vorhin beim STEK gehört, dass man kein Geld für externe Arbeit ausgeben soll und kritisiert dies. Die Argumentation, dass andere Projekte nicht durch solche Dinge gefährdet werden sollen, ist ein Witz. Man soll sich entscheiden, was man eigentlich will. Die SP-Fraktion stimmt in diesem Sinn den Anträgen zum Geschäftsbericht 2025 zu und dankt allen Mitarbeitenden der Stadt Burgdorf für ihren grossen Einsatz zugunsten der Bevölkerung.

Stadtrat Dür Hermann, namens der SVP-EDU-Fraktion, dankt für den Geschäftsbericht 2025. Es wird lobend festgehalten, dass der Bericht an Qualität gewonnen hat. Er ist spürbar selbstkritischer geworden als früher. Das hat man auch bei der Präsentation der Zahlen von Gemeinderätin Kuster Müller Beatrice gemerkt. Die Zahlen wurden sehr selbstkritisch dargestellt. Positiv im Bericht wird bewertet, dass die Abweichungen nachvollziehbar begründet werden. Das schafft die nötige Transparenz für das Parlament. In diesem Sinn besten Dank. Die SVP-EDU-Fraktion anerkennt, dass der allgemeine Haushalt, also der steuerfinanzierte Haushalt, nach Abzug der 1.63 Mio. Franken, die man aufgelöst hat, mit einem Plus von 4.1 Mio. Franken an sich ein positives Ergebnis hat. Der steuerfinanzierte, allgemeine Haushalt ist dennoch bald wichtiger als der gesamte Haushalt. Das wäre also eigentlich eine positive Nachricht. Hingegen bereiten zwei Punkte ernsthafte Sorgen. Erstens hat man bei den Steuereinnahmen festgestellt, dass zwischen den Jahren 2016 bis 2025 ein irritierendes Ungleichgewicht besteht. Während die Steuereinnahmen der Wohnbevölkerung kontinuierlich zunehmen, stagnieren die Erträge der Burgdorfer Firmen mehr oder weniger auf gleichem Niveau. Das Auseinanderdriften belegt die wirtschaftliche Standortqualität von Burgdorf. Das ist möglicherweise problematisch. Die Stadt Burgdorf läuft Gefahr, sich in Richtung einer Schlafstadt zu entwickeln. Selbst wenn ein expandierendes Unternehmen wie Ypsomed in Burgdorf ist, kann das nicht darüber hinwegtäuschen, dass die Zahlen schlecht aussehen. Burgdorf ist offensichtlich für das breite Gewerbe nicht sehr attraktiv, denn sonst würde das Segment an Steuereinnahmen deutlich wachsen, tut es aber nicht. Die Schlussfolgerung aus dem Jahresbericht 2025 ist, dass eine Steuererhöhung für die Stadt Burgdorf ein absolutes Tabu ist, um nicht an Attraktivität zu verlieren. Ein wesentlicher Gradmesser für die Standortqualität ist die Erreichbarkeit. Die Stadt Burgdorf muss punkto Parkplätze vorsichtig agieren. Ein Abbau von Parkplätzen oder Parkflächen gefährdet die wirtschaftliche Basis des ansässigen Gewerbes direkt. Zweitens beschäftigt die Schuldenentwicklung. Man kann der Jahresrechnung 2025 entnehmen, dass die langfristigen Finanzverbindlichkeiten im Jahr 2024 114 Mio. Franken betragen haben und Ende 2025 um 10 Mio. Franken auf 120 Mio. Franken geklettert sind. Ein Blick auf das Budget zeigt, dass bis Ende dieses Jahres zirka 130 Mio. Franken Schulden zu erwarten sind. Gemäss dem Ausgaben- und Finanzplan, falls dieser richtig verstanden wird, werden die Schulden bis ins Jahr 2029 wahrscheinlich auf 155 Mio. Franken ansteigen. Warum macht das Sorgen? Mit dieser Entwicklung ist das Ziel, das wir in Burgdorf haben, die Nettoschuld pro Person von maximal Fr. 2'000 pro Einwohner ab dem Jahr 2029, nicht mehr einzuhalten. Wenn man sie nicht einhalten kann, erzwingt das spätestens ab dem Jahr 2029 einen Baustopp beziehungsweise eine Investitionsstrierung für weitere Projekte. Wenn die Verschuldung so weitergeht, hätte man ab dem Jahr 2029 keinen Spielraum mehr für Unvorhergesehenes oder für Notfälle. Es wurde erwähnt, dass man Krieg oder Pandemie, etc. nicht ausschliessen kann. Deshalb macht die Schuldenentwicklung vor allem grosse Sorgen. Der GR wird aufgefordert, die finanzpolitische Disziplin walten zu lassen und die Schuldenentwicklung in einem gemeinsamen Effort zu bremsen. Gleichzeitig appelliert man insbesondere an den SR, künftig äusserste Zurückhaltung bei finanzwirksamen Vorstössen walten zu lassen, da jede zusätzliche Forderung die Blockade der bereits geplanten Infrastrukturprojekte beschleunigen wird. Die SVP-EDU-Fraktion hat Stimmfreigabe für den Jahresbericht beschlossen.

Gemeinderätin Kuster Müller Beatrice teilt mit, dass bei den Schulden auch beachtet werden muss, dass man in der Planung 40 bis 50 Mio. Franken für den Schulraum eingeplant hat. Das ist der Grund. Es wurde zurecht Dinge bemängelt, aber es sollte beim operativen Ergebnis nicht zu so etwas führen, sondern weil man für den Schulraum 40 bis 50 Mio. Franken eingeplant hat.

Stadtrat Aebi Roger, namens der Mitte-Fraktion, dankt dem GR und der Verwaltung für die ausführliche und informative Darstellung des Geschäftsberichts. Die Finanzaahlen sind ergänzend im Kompass übersichtlich dargestellt und natürlich auch sehr verständlich kommentiert. Es wurde gute Arbeit ge-

leistet. Die neue Legislaturplanung 2025 bis 2028 ermöglicht eine Prioritätensetzung und zeigt Entwicklungsabsichten auf. Dazu wurden rund 90 Massnahmen erarbeitet, die auch eine Verbesserung des Finanzhaushalts beinhalten. Die Herausforderungen zum Erreichen der Legislaturziele sind damit sehr hoch angesetzt. Wie in den letzten Jahren konnte das Ergebnis im Gesamthaushalt von 5.2 Mio. Franken nur dank der Entnahmen aus den Reserven, insbesondere aus der Spezialfinanzierung Steuerausgleich, von 1.3 Mio. Franken und der tieferen Investitionstätigkeit erreicht werden. Das Ergebnis aus der betrieblichen Tätigkeit bleibt mit 8.8 Mio. Franken und das operative Ergebnis mit 4.5 Mio. Franken bleibt ebenfalls weiterhin negativ. Wie man gehört hat, ist der Personalaufwand gegenüber dem Budget um Fr. 790'000.-- weiter angestiegen. Grund dafür sind neue Stellen, die im Budget nicht enthalten sind. Das war schon in den letzten Jahren vielfach der Fall bei den Überschreitungen. Die Personalrückstellungen haben leicht abgenommen, betragen aber immer noch 1.46 Mio. Franken. Der Sach- und Betriebsaufwand war um 0.68 Mio. Franken höher als budgetiert. Aus Sicht der Mitte-Fraktion fehlen die Sparanstrengungen ein wenig. Durch den gestiegenen Personal- und Sachaufwand sowie durch die tiefen Steuererträge bleibt das strukturelle operative Defizit bestehen. Die Nettoinvestitionen betragen, ohne Kapitalerhöhung bei der Localnet AG, nur gerade 4.47 Mio. Franken oder 36 Prozent der geplanten Vorhaben. Um den Investitionsstau zu vermeiden, dürfen die Investitionen nicht auf diesem tiefen Niveau bleiben. Die Schulden sind wegen der Kapitalerhöhung auf 120 Mio. Franken angewachsen und die Reserven sind um rund 4 Mio. Franken gesunken. Das heisst, dass der Verschuldungsgrad damit weiter angestiegen ist. So wurde die Erfolgsrechnung mit rund 1.3 Mio. Franken zusätzlich belastet. Das ist Geld, das für dringend notwendige Investitionen in die Modernisierung der Infrastrukturen fehlt. Wie es in der Stellungnahme zum Auftrag betreffend «Finanzen ins Lot bringen» steht, gibt es einen Lichtblick, denn in den nächsten Jahren sollte durch die Entlastung von 3.7 Mio. Franken auf operativer Stufe ein nahezu ausgeglichenes Ergebnis resultieren. Wenn tatsächlich etwas Geld reinkommen würde, könnte es auch eine Ausgleichsrechnung geben. Allerdings könnte ein steigender Personalaufwand oder höhere Fremdkapitalkosten und Kantonsabgaben die positiven Aussichten weiter trüben. Man wird die Entwicklung deshalb genau beobachten. Die Mitte-Fraktion ist der Meinung, dass die Entnahme aus der Spezialfinanzierung Steuerausgleich im Antrag an den SR aufgeführt werden muss, wie das bei der Nettoentnahme aus der Schwankungsreserve der Fall war. So wäre auch klar, wer zuständig ist. Man müsste nicht im Kleingeschriebenen nachlesen. Die Mitte-Fraktion wird sich bei der Abstimmung enthalten.

Stadtrat Hedinger Christian, namens der Grüne-Fraktion, teilt mit, dass man den Geschäftsbericht auch gelesen hat und man mit der Qualität sehr zufrieden ist. Wie man weiss, ist die Debatte stark ritualisiert. Man weiss schon im Voraus, wer was sagt. Daher hat man sich nicht in die finanzpolitischen Dinge direkt gestürzt. Der Geschäftsbericht ist sehr umfangreich und man sieht, dass durchaus viele Direktionen sehr dynamisch auf unsere gesellschaftlichen Anforderungen reagieren. In der Finanzdirektion kann man zum Beispiel nachlesen, dass der Rückstau bei der Sanierung der städtischen Liegenschaften jetzt angepasst wird und dass man noch lange nicht dort ist, wo der Kanton vorschlägt mit dem 1 Prozent, das man investieren muss. Man hat gelernt und gemerkt, dass man jetzt sanieren muss, um diesem später gerecht zu werden, als wenn man später wieder mehr machen muss. Etwas Anderes, das auch diese Dynamik unterstreicht, ist, dass das Regierungsstatthalteramt beispielsweise jetzt eine Vereinbarung mit der Stadt Burgdorf für die Beschleunigung der Baugesuche hat. Es ist bekannt, wie lange es beim Baugesuch zum Busbahnhof dauerte, nämlich ungefähr zwei Jahre, bis man eine Antwort erhielt. Die Stadt Burgdorf hat nun gesagt, dass man will, dass es schneller geht und man was machen kann. Auch der Entwicklungsschwerpunkt Buchmatt wird nun angepackt. Dort läuft etwas und man hofft, dass es ein paar Nischen gibt, bei denen auch die Ökologie Platz hat. Die dynamischste Direktion ist bestimmt diejenige der Schulen. Wer kann einfach innerhalb eines Jahres 1'500 neue Schulkinder aus der Ukraine bewältigen. Da muss man im Nachhinein noch einmal sagen, auch wenn das Gröbste durch ist, aber es war eine riesige Leistung, die vollbracht

wurde. Es war bitter nötig, dass man dafür sorgt und rasch reagiert, auch mit der Schulsozialarbeit. Es werden auch Freizeitangebote angeboten, wie beispielsweise die Box auf der Schützematt, wo man gratis Spielsachen ausleihen kann. Das ist vorbildlich, Nicht jeder kann sich Spielsachen leisten. Stadträtin Bannwart Gabriela von der SP-Fraktion hat weitere Sachen aufgezählt, die super laufen. Neben allen Schwarzmalereien sollte man auch sehen, was gut läuft. Die Grüne-Fraktion wird dem Geschäftsbericht zustimmen.

Stadträtin Veraguth Beryll, namens der EVP, dankt dem GR herzlich für die Erstellung des übersichtlichen Geschäftsberichtes. Es ist bekannt, was im Bericht geschrieben ist. Man hat bereits viel gehört. Die Führung einer Stadt ist nicht einfach. Die Diskussion über sinnvolle Investitionen ist auch nicht einfach und kommt zu unterschiedlichen Ergebnissen. Es wird beeinflusst durch die Partei, die politische Meinung, aber auch andere Faktoren spielen dabei eine Rolle. Schlussendlich ist der SR gewählt und Volksvertreter und Volksvertreterin. Man wurde auch in dieser Funktion, mit dieser Partei und Meinung gewählt, und dementsprechend erfolgt auch die Diskussion und Abstimmung über die Investitionen der Stadt Burgdorf.

Stadtrat Lauwiner Jonas, König JL im Dienst für die Burgdorfer, teilt mit, dass er den Geschäftsbericht studiert hat und es ist ersichtlich, dass man sich Mühe gegeben hat. Wichtig ist, dass die Schulden nicht weiter steigen. Man muss für Burgdorf und seine Bürger und Bürgerinnen schauen. Es gibt Ausgaben, die dringend nötig sind. Es gibt aber auch Dinge, die man vergolden kann. Der SR ist auch etwas schuldig, da man immer etwas erhöht. Der SR will das und beschliesst darüber. Die Transparenz ist wichtig und muss weiterhin erfolgen. Wichtig ist, dass man in Zukunft darauf achtet, dass man nicht sagt, man verfügt über so viel Geld, sondern man achtet darauf, dass man Ende Jahr eine Null schreibt. Besser wäre ein wenig darunter. So funktioniert es auch im privaten Bereich. Stadtrat Lauwiner Jonas kennt Personen, welche wie die Stadt Burgdorf überschuldet sind. Bei diesen Personen funktioniert es auch nicht. Es kommt gut und man gibt sich Mühe. Wichtig ist aber, dass die Schulden nicht mehr erhöht werden, denn eines Tages bezahlt das jemand und die Frage ist, wer das bezahlt. Vor allem gehen auch die Unternehmungen weg, wenn es teurer wird, wenn man irgendwann einmal den Steuersatz erhöhen müsste. So wird Burgdorf unattraktiver für Unternehmungen, die auch wieder wegziehen. Es geht dabei um wichtige Steuerzahler und um eine Unternehmensspirale in den Abgrund.

Gemeinderätin Kuster Müller Beatrice teilt mit, dass Stadtrat Aebi Roger erwähnt hat, dass die Herausnahme aus der Spezialfinanzierung Steuern im Antrag ergänzt werden muss. Das Herausnehmen aus den Spezialfinanzierungstöpfen hat man noch nie in den SR gebracht. Das wäre im Rahmen der Jahresrechnung zu genehmigen. Es geht dabei um die Gewinnverteilung und das muss immer der SR genehmigen. Das Herausnehmen erfolgt im Rahmen des Geschäftsjahres der Jahresrechnung. Man müsste den Antrag stellen und darüber abstimmen, wenn man noch etwas abgeben möchte.

Stadtrat Aebi Roger, namens der Mitte-Fraktion, teilt mit, dass man das Vorgehen beim AGR und dem Finanzdirektor abklären soll.

Gemeinderätin Kuster Müller Beatrice teilt mit, dass man die Abklärungen macht und eine Antwort liefern wird.

Stadtrat Neuenschwander Beat, namens der GLP-Fraktion, teilt mit, dass man den Geschäftsbericht angeschaut hat und diesem zustimmen wird. Die GLP-Fraktion hat auch ihre Bedenken. Es wurde bereits viel gesagt, Gutes und Schlechtes.

Stadtrat Käsermann Fabian, namens der SP-Fraktion, antwortet auf das Votum von Stadtrat Dür Hermann. Es ist etwas oberflächlich, wenn man die juristischen Personen Jahr für Jahr anschaut. Wie man weiss, haben die juristischen Personen eine ziemlich hohe Schwankung während den Jahren aufgrund zum Beispiel der Nachsteuer. Wenn man aber die drei Jahre vergleicht, steigen die Einnahmen von 4.2 auf 6.2 Mio. Franken oder sogar von 4.25 auf 6.25 Mio. Franken. Bei den juristischen Personen geht es sehr wohl aufwärts.

Stadtratspräsident Merz Adrian teilt mit, dass die Abstimmung über die Anträge in globo erfolgt.

Abstimmung

1. Von den in der Kompetenz des Gemeinderates bewilligten Nachkrediten in den Produktgruppen 10, 11, 37 und 62 wird Kenntnis genommen.
2. Die Überschreitung des Voranschlagskredits in der Jahresrechnung in der Produktgruppe 21, 36, 50, 60 und 70 wird genehmigt.
3. Der Geschäftsbericht der Einwohnergemeinde Burgdorf mit Jahresrechnung 2025, die mit einem Aufwandüberschuss im Gesamthaushalt von 527'057.47 Franken abschliesst, wird genehmigt.
4. Die Nettoentnahme aus der Schwankungsreserve von CHF 30'000.00 und die Einlage in die Spezialfinanzierung Schulanlagen und Verwaltungsgebäude von CHF 5'366'715.31 werden bewilligt.

Beschluss

Der Stadtrat genehmigt mit 25 Ja und 1 Nein Stimmen bei 10 Enthaltungen die Anträge.

SRB: 2026-1001 | Registratur-Nr. 1.7.1

Stellungnahmen und Abschreibungsanträge zu den noch nicht erfüllten Motionen, Postulaten und Aufträgen

Verhandlung

Stadträtin Marti Debra, namens der GPK, teilt mit, dass man die Vorstösse einzeln eingehend geprüft hat und zum Schluss gekommen ist, dass man den Anträgen des GR folgen kann. Die GPK empfiehlt die Anträge des GR zur Abstimmung.

Seitens des GR und des SR erfolgen keine Bemerkungen.

Stadtratspräsident Merz Adrian teilt mit, dass die Abstimmung in globo erfolgt.

Abstimmung

- 9.1 Auftrag Die Mitte, FDP und SVP betreffend „Finanzen ins Lot zu bringen“
Antrag: Abschreibung
- 9.2 Auftrag EVP-Fraktion betreffend Reduktion der Abhängigkeit von nicht erneuerbarem Gas im Fernwärmenetz
Antrag: Aufrechterhaltung

- 9.3 Auftrag Grünen Partei betreffend Liegenschaft Steinhofstrasse 1
Antrag: Aufrechterhaltung
- 9.4 Auftrag der Grünen Burgdorf, SP und EVP betreffend Nachhaltigkeit im öffentlichen Beschaffungswesen
Antrag: Aufrechterhaltung
- 9.5 Auftrag SP-Fraktion betreffend PV-Anlagen auf städtischer Infrastruktur
Antrag: Aufrechterhaltung
- 9.6 Überparteilicher Auftrag EVP, SP und Grüne betreffend «Ausarbeitung eines Leistungsvertrags mit sozialen Institutionen von Burgdorf bezüglich Notzimmer»
Antrag: Aufrechterhaltung
- 9.7 Überparteilicher Auftrag Die Mitte, SVP, GLP, EDU, SP, EVP und Grüne betreffend Umsetzung der Rollsportanlage Burgdorf
Antrag: Aufrechterhaltung
- 9.8 Überparteilicher Auftrag SP, Grüne und EVP betreffend Verbesserung Burgdorfer Stadtklima
Antrag: Aufrechterhaltung
- 9.9 Überparteilicher Auftrag GLP, Die Mitte, FDP und EVP betreffend Einführung von kostenbezogenen Kennzahlen für die Burgdorfer Verwaltung
Antrag: Abschreibung
- 9.10 Motion FDP-Fraktion betreffend Anpassung der GO: Senkung der Unterschriftenzahl für städtische Initiativen
Antrag: Fristverlängerung
- 9.11 Überparteiliche Motion FDP-, GLP-, Mitte- und SVP-EDU-Fraktion betreffend Amtszeitbeschränkung für die Stadtpräsidentin oder den Stadtpräsidenten
Antrag: Fristverlängerung
- 9.12 Auftrag Grüne Partei betreffend Baumschutz in Burgdorf
Antrag: Fristverlängerung
- 9.13 Auftrag SP-Fraktion betreffend Überprüfung der Gebühren für Plastik – Abfallsäcke
Antrag: Abschreibung
- 9.14 Überparteilicher Auftrag FDP-, GLP- und Mitte-Fraktion betreffend Aufnahme der Kulturhalle Sägegasse als regionale Kulturinstitution
Antrag: Abschreibung
- 9.15 Auftrag Grüne Burgdorf betreffend Weiterentwicklung Radwegring
Antrag: Fristverlängerung

- 9.16 Postulat SVP/EDU-Fraktion betreffend Überprüfung von Lizenzgebühren von Software
Antrag: Fristverlängerung
- 9.17 Postulat EVP-Fraktion betreffend Demenzfreundliche Stadt Burgdorf
Antrag: Fristverlängerung
- 9.18 Motion Grüne Partei betreffend Tempo 30 auf Abschnitten der Kantonsstrasse
Antrag: Aufrechterhaltung
- 9.19 Auftrag Grüne Partei betreffend bauliche Verdichtung und Biodiversität
Antrag: Aufrechterhaltung
- 9.20 Auftrag EVP-Fraktion betreffend Abfall-Trenn-Behälter am und rund um den Bahnhof Burgdorf
Antrag: Aufrechterhaltung
- 9.21 Auftrag Fraktionen der SVP/EDU, SP, die Mitte, FDP, GLP und EVP sowie Jonas Lauwiner betreffend Ausbau Sportinfrastruktur in Burgdorf
Antrag: Aufrechterhaltung
- 9.22 Auftrag Grüne Partei Burgdorf betreffend Planung ökologische Infrastruktur
Antrag: Aufrechterhaltung
- 9.23 Auftrag Grüne Burgdorf, SP Burgdorf, EVP Burgdorf betreffend Aufbau Jugendparlament
Antrag: Aufrechterhaltung
- 9.24 Auftrag Grüne und SP betreffend geschlechterneutrale Toiletten in Schulhausneubauten und -umbauten
Antrag: Aufrechterhaltung
- 9.25 Auftrag SP-Fraktion betreffend kostenloser Eintritt ins Freibad Burgdorf mit KulturLegi und für Kinder unter 12
Antrag: Aufrechterhaltung
- 9.26 Überparteilicher Auftrag SP, EVP und Grüne betreffend Aufwertung des Kronenplatzes durch Beschattung
Antrag: Aufrechterhaltung
- 9.27 Auftrag Adrian Merz betreffend Anschaffung Velo-Waschstation
Antrag: Aufrechterhaltung

Beschluss

Der Stadtrat genehmigt einstimmig die Anträge.

SRB: 2026-1029 | Registratur-Nr. 1.7.1

Auftrag glp-Fraktion betreffend Weiterentwicklung der Kulturförderung nach dem Vorbild der Sportförderung

Verhandlung

Seitens der GPK erfolgen keine Bemerkungen.

Stadtpräsident Berger Stefan teilt mit, dass der GR das Anliegen nach Transparenz und nachvollziehbaren Förderungsprozessen nachvollziehen kann. Es gilt festzuhalten, dass die Kulturförderung in Burgdorf in diesem Bereich bereits seit mehreren Jahren über klar definierte Kriterien, standardisierte Abläufe und ein digitales Gesuchsverfahren verfügt, das auch auf der Website der Stadt Burgdorf öffentlich zugänglich ist. In der Beantwortung des Auftrages wurde etwas detailliert aufgezeigt, dass die Kulturförderung innerhalb der Stadtverwaltung eine Vorreiterrolle einnimmt. Der heute in der Sportförderung angewendete Prozess wurde auf der Grundlage der bestehenden Kulturförderung entwickelt. Vor diesem Hintergrund erachtet der GR die Forderung des Auftrages als bereits erfüllt und beantragt die Ablehnung des Auftrages. Es gibt aber auch in Rücksprache mit der GPK die Möglichkeit aufzuzeigen, in welchen Bereichen man sich bereits digital transformiert hat und was noch ansteht. Für weitere Information kann man sich an Luder Lorenz, Chief Digital Officer, wenden. Man hat ein gemeinsames Zielbild für die digitale Verwaltung etabliert. Es wird eine IoT-Plattform für datenbasierte Stadtservices etabliert. Diese liefert unter anderem nützliche Dienste bei der Kehrrichtabfuhr. Die Unterflurcontainer werden überwacht und angeschaut, wie der Füllstand ist. Basierend auf KI wird dann eine optimierte Route gewählt, so dass das Kehrrichtfahrzeug nicht halbleer ist und jeden Container leeren kann. Das ergibt in etwa eine Ersparnis von 20 Prozent. Auch in Bezug auf die Frage der Gesuche hat man eine durchgehend digitale Transformation. Es wird also kein einziges Gesuch mehr manuell irgendwo erarbeitet. Das führt dazu, dass man über die digitale Plattform immer alle Daten hat, die man benötigt. Man hat somit die richtigen Daten, die man braucht und man muss keine Gesuche mehr einscannen, die schriftlich eingereicht werden. Das führt dazu, dass man den Anstieg an Gesuchen zur Behandlung mit der gleichen Menge an Personen behandeln kann. Weiter wurde die Applikationsarchitektur konsolidiert. Es wurden Grundlagen für eine directionsübergreifende Prozessorganisation geschaffen und ein digitales Instandhaltungsmanagement eingeführt. Im Moment wird das Ganze auf Prozess- und Dienstleistungen aufgeschlüsselt. Es geht dabei um Daten, technische Infrastruktur, Kompetenzen und Sicherheit. Ein über alle Direktionen einheitliches Prozessmanagementsystem wurde eingeführt, damit man mit den gleichen Massstäben arbeitet. Die Formulare werden digitalisiert und transformiert. Es soll eine neue Schulsoftware eingeführt werden, weil die alte keine Unterstützung mehr hat. Man macht sich zudem Gedanken über eine KI-Plattform, damit man die internen Daten schneller und genauer aufarbeiten kann. Bei den Kreditoren wird ein Workflow erarbeitet, damit der Ablauf vollständig digital läuft. Das wird auch Ersparnisse bei der Bearbeitung bringen. Es wird versucht, die digitale Transformation vorwärtszutreiben. Der GLP-Fraktion wird für den Auftrag gedankt. Der Bereich Kultur war jedoch Vorreiter für den Bereich Sport. Der GR beantragt die Ablehnung des Auftrages.

Stadtrat von Känel Ulrich, namens der GLP-Fraktion, dankt dem GR für die umfassende Bearbeitung des Auftrages. Die GLP-Fraktion kann mit dem Antrag des GR leben und wird diesen unterstützen.

Stadträtin Vogt Anette, namens der SP-Fraktion, teilt mit, dass man den Auftrag überzeugt und einstimmig ablehnt. Dies nicht, weil man etwas gegen Transparenz hätte und auch nicht, weil man etwas gegen klare Kriterien und auch nicht, weil man etwas gegen eine effiziente Verwaltung hätte. Im

Gegenteil, genau diese Dinge gibt es in der Burgdorfer Kulturförderung schon heute. Wer die Unterlagen liest, merkt schnell, dieser Auftrag will ein Problem lösen, das in dieser Form gar nicht existiert. Dieser Auftrag erweckt den Eindruck, dass die Kulturförderung weder digitalisiert noch standardisiert sei. Es gebe keine klaren Kriterien. Die Tatsachen sagen etwas anderes. Seit dem Jahr 2024 werden die Projektgesuche digital eingereicht und bearbeitet. Für alle Fördergefässe gibt es Merkblätter, veröffentlichte Kriterien, klar geregelte Zuständigkeiten und etablierte Prüf- und Controllingprozesse. Die Kulturförderung war sogar einer der ersten durchgängig digitalisierten Prozesse in der Stadtverwaltung. Das ist ein Vorbild für andere Abteilungen. Besonders irritierend ist die Behauptung, dass man die Kulturförderung nach dem Vorbild der Sportförderung modernisieren müsste. In der Antwort wird klar aufgezeigt, dass es gerade umgekehrt war. Stadtpräsident Berger Stefan hat es vorhin ebenfalls erwähnt, die Sportförderung wurde nach dem Vorbild der Kulturförderung weiterentwickelt. Wer einen solchen Auftrag einreicht, sollte sich zuerst mit den bestehenden Strukturen auseinandersetzen. Das ist nicht schwierig. Ein paar Klicks auf der Homepage der Stadt Burgdorf. Man findet alle Unterlagen, die aufzeigen, dass dieser Auftrag schlicht nicht nötig ist. Wer vielleicht der deutschen Sprache nicht so sicher ist, wichtige Informationen findet man sogar auch in einfacher Sprache. Ganz wichtig ist auch, dass man sogar Kontaktangaben findet. Ein Telefonat hätte gereicht, dass man gemerkt hätte, dass dieser Auftrag nicht nötig ist. Die Kulturbeauftragte hätte nicht sieben Seiten in ihrer knapp bemessenen Arbeitszeit schreiben müssen. Politische Vorstösse sind wichtig, aber sie sollten auf einer sorgfältigen Analyse basieren und nicht auf Vermutungen. Es reicht nicht, Mängel zu behaupten, wenn entsprechende Instrumente schon längst vorhanden sind. Hinzu kommt noch ein weiterer Widerspruch. Dieser Auftrag verlangt zusätzliche Definitionen, Überprüfungen, Harmonisierungen und Prozessanpassungen. Gleichzeitig soll das aber ohne jede zusätzliche Ressource passieren. Das ist wieder einmal der Wunsch nach mehr Leistung ohne mehr Aufwand. So funktioniert die Verwaltung nicht. Die Kulturförderung umfasst unterschiedliche Bereiche. Es umfasst grosse Institutionen mit Leistungsvereinbarungen, lokal verankerte Organisationen, Vereine, Projektförderung, Residenzprogramme und Kunstankäufe. Das ist bewusst vielfältig ausgestaltet. Es bringt wenig, alles in ein starres Schema zu pressen, wenn man dafür fachliche Qualität und die nötige Differenzierung auf der Strecke lässt. Die Kulturförderung hat heute schon transparente Kriterien, digitale Abläufe und klare Entscheidungswege. Natürlich kann man Prozesse immer weiterentwickeln und genau das passiert auch schon. Dafür braucht es aber keinen Auftrag, der verlangt, was längst umgesetzt ist. Die SP-Fraktion ist der Meinung, dass die bescheidenen Ressourcen der Kulturabteilung besser in die Förderung von Kultur, in die Beratung von Kulturschaffenden und in gute Projekte investiert werden, anstatt einen unnötigen bürokratischen Mehraufwand zu produzieren. Aus diesen Gründen bittet die SP-Fraktion den SR, den Auftrag abzulehnen.

Abstimmung

Ablehnung des Auftrages.

Beschluss

Der Stadtrat lehnt mit 35 Ja Stimmen bei 1 Enthaltung den Auftrag ab.

SRB: 2026-1030 | Registratur-Nr. 1.7.1

Motion FDP-Fraktion betreffend Wiedereinführung einer Finanzkommission

Verhandlung

Gemeinderätin Kuster Müller Beatrice teilt mit, dass die Stadt Burgdorf bereits einmal eine Finanzkommission hatte, und zwar eine gemeinderätliche. Sie wurde auf Antrag der FDP-Fraktion im Jahr 2014 ersatzlos gestrichen und aufgehoben. Jetzt liegt die Motion der FDP-Fraktion vor, die wieder eine Finanzkommission einführen will, dieses Mal eine stadträtliche. Das wird begrüsst. Bereits im Rahmen der Finanzstrategie hatte man die Idee einer Finanzkommission. Man muss aber beachten, weshalb sie damals abgeschafft wurde. Es gab immer wieder Abgrenzungsprobleme zwischen der Finanzkommission und der GPK, vor allem auch wegen der Zeitspanne. Es verging viel Zeit und die Geschäfte haben sich in die Länge gezogen. Diese Abgrenzung kann man sicher lösen und man verliert nicht mehr Zeit auf diesem Weg. Man hat heute bereits gehört, wie die Geschäfte durch den GR und GPK gut und rasch bearbeitet werden. Man kann sich gut in die Geschäfte einlesen. Um die weiteren und nötigen Fragen abzuklären, beantragt der GR die Umwandlung der Motion in ein Postulat. Der GR ist bereit, das Anliegen als Postulat anzunehmen.

Stadtratspräsident Merz Adrian informiert, dass die Umwandlung der Motion in ein Postulat gemäss Stadtratsreglement nur durch die Motionärin erfolgen kann. Die FDP-Fraktion kann mitteilen, ob sie einer Umwandlung zustimmen. Wenn ja, diskutiert der SR über das Postulat und wenn nein, über die Motion.

Stadträtin Fankhauser Claudia, namens der FDP-Fraktion, dankt dem GR für die Prüfung der Motion. Das Anliegen ist die Prüfung, ob eine Finanzkommission die finanzpolitische Begleitung des SR stärken kann. Der GR hat aufgezeigt, dass noch verschiedene Fragen vertieft, abgeklärt werden müssen. Da das Anliegen mit einem Postulat weiterverfolgt und fundiert geprüft werden kann, erklärt sich die FDP-Fraktion mit der Umwandlung der Motion in ein Postulat einverstanden und unterstützt den Antrag des GR.

Stadtrat Käsermann Fabian, namens der SP-Fraktion, teilt mit, dass bereits in den Jahren 2010, 2015 und 2019 fast deckungsgleiche Motionen eingereicht wurden. Auch bei der Evaluation von NPM im Jahr 2017 wurde über eine Finanzkommission und über eine Budgetkommission beraten. Dabei sind die unterschiedlichen Gremien immer zum Schluss gekommen, dass die Vorteile nicht überwiegen. Die SP-Fraktion ist aber offen, auch im Jahr 2026 wieder einmal über die Einführung einer Finanzkommission zu diskutieren. Der SR erhält mit der Finanzkommission keine neuen Kompetenzen, denn diese hat er schon heute, und zwar alle 40 Stadträte und Stadträtinnen. Es wird auf andere, ähnliche Städte verwiesen, aber zum Teil hat die Finanzkommission dort nur beratende Funktion und die formelle Kontrollinstanz bleibt die GPK. Es braucht sicher Mehraufwand, weil eine Kommission, die alle aufgelisteten Aufgaben kompetent und selbstständig erfüllen soll, neben einem Sekretariat auch juristische und finanztechnische Unterstützung braucht. Zusätzlich müssen Doppelspurigkeiten vermieden werden und dazu braucht es unter anderem zusätzliche Koordinationssitzungen. Wichtig ist, dass die inhaltliche und politische Einflussnahme bei den Fraktionen und bei den Parteien bleiben soll. Eine 7er-Kommission bedeutet auch eine Abgabe der Kompetenzen an ein bis zwei Personen pro Fraktion. Zusätzlich stellt sich die Frage, wo die Bedenken gegenüber einer GPK liegen. Für die SP-Fraktion sind gesunde Stadtfinanzen, die nachhaltige Investitionen zugunsten der Bevölkerung sicherstellen, wichtig. Man will sich deshalb heute nicht einer erneuten, vertieften Prüfung verschliessen. Dabei muss aber die zeitliche Belastung kritisch geprüft und abgewogen werden, beispielsweise

bei einem Budgetprozess, bei der Einarbeitung, bei Fragen an die Verwaltungsstellen, bei der Beantwortung sowie bei der Begutachtung der Antworten vor der Sitzung, bei der Formulierung von Aufträgen, etc. Deshalb unterstützt eine Mehrheit der SP-Fraktion den Vorstoss als Prüfantrag in Form eines Postulats. Eine Motion wird abgelehnt.

Stadtrat Hedinger Christian, namens der Grüne-Fraktion, teilt mit, dass der Vorredner die Nachteile einer Finanzkommission aufgezählt hat. Man hat bereits eine GPK, die weitgehende Kompetenzen hat. Man ist der Meinung, dass man den Verwaltungsapparat nicht aufblähen will. Da ist man gleicher Meinung wie die Bürgerlichen. Es soll nicht noch mehr Aufwand gemacht werden, damit man nachher irgendein Papier oder ähnliches machen kann. Es ist unnötig, weil es schon mehrmals vorgekommen ist, dass man eine solche Finanzkommission einführen wollte. Die Grüne-Fraktion ist der Meinung, dass man das Anliegen gar nicht als Postulat überweisen sollte, sondern von vornherein ablehnen soll. Man will eine schlanke Verwaltung. Der Vorstoss wird abgelehnt.

Stadtrat Aebi Roger, namens der Mitte-Fraktion, teilt mit, dass die finanziellen Mittel der Stadt Burgdorf das Geld der Bevölkerung sind. Daher ist es wichtig, dass man verantwortungsvoll, transparent und vorausschauend damit umgeht. Man will den Finanzen mit der Finanzkommission mehr Beachtung schenken. Die Finanzkommission stärkt die Kontrolle über die Budgetinvestitionen und über die Jahresrechnung. Sie prüft die finanziellen Geschäfte und trägt dazu bei, dass die Ausgaben kritisch hinterfragt und langfristige Auswirkungen berücksichtigt werden. So können mehr Transparenz und eine solide Grundlage für politische Entscheide geschaffen werden. Ebenso wichtig ist aber, dass die Zusammensetzung einer solchen Kommission richtig ist. Sie braucht kompetente Kommissionsmitglieder, die Chancen und Risiken erkennen, Fragen stellen und sachliche Empfehlungen abgeben können. Die Kommission bietet Unterstützung und Beratung für die Behörde und stärkt so das Vertrauen in die Finanzpolitik der Stadt Burgdorf. Eine Finanzkommission soll keine Hürde für notwendige Projekte sein, sondern ein Instrument für eine nachhaltige und verantwortungsvolle Finanzführung. Sie sorgt dafür, dass heute gute Entscheidungen getroffen werden können, ohne die kommenden Generationen unnötig zu belasten. Man ist überzeugt, dass eine Finanzkommission einen wertvollen Beitrag zu einer transparenten und zukunftsorientierten Finanzpolitik leisten kann. Deshalb unterstützt die Mitte-Fraktion das Postulat.

Stadträtin Liechti-Lanz Esther, namens der EVP, teilt mit, dass man Stimmfreigabe beschlossen hat. Stadträtin Liechti-Lanz Esther kann persönlich nicht hinter diesem Antrag stehen und ist gegen eine Finanzkommission. Stadtrat Käsermann Fabian hat die Begründungen gegeben. Es wird personell eine umfassende Kommission sein. Die Sitzungsgelder und die Personen, die man anstellen muss, generieren Kosten zugunsten der Verwaltung. Das sieht man anschliessend im Jahresbericht. Daher ist Stadträtin Liechti-Lanz Esther der Meinung, dass man schlank bleiben muss. Es gibt die GPK und den SR. Die EVP ist eine kleine Partei. Bei der Sitzverteilung der Kommissionen durfte die EVP die übrig gebliebenen Sitze in der Sozialkommission auswählen. Die FDP-Fraktion hat keine Vertretung in der Sozialkommission, weil sie zum Beispiel in den prestigeträchtigeren Kommissionen vertreten ist. Das ist nicht böse gemeint, sondern es ist einfach eine Realität. Stadträtin Liechti-Lanz Esther ist dagegen, dass bestimmte Parteien nachher mehr Einfluss auf die Finanzen nehmen können. Die Finanzen gehen alle hier im Rat und alle, die in der GPK sind, an.

Stadtrat von Känel Ulrich, namens der GLP-Fraktion, teilt mit, dass der letzte Vorstoss zur Einführung der Finanzkommission von der GLP-Fraktion stammt. Schon damals wurde der Vorstoss mit dem Argument, dass die GPK dafür zuständig ist, Bach abgeschickt. Die GLP-Fraktion ist der Meinung, dass es

besser ist, eine Aufsplittung zu machen für Geschäfte, die zur GPK gehören, und eine Finanzkommission einzurichten, die sich speziell für die finanziellen Aspekte kümmert. So wie es im Vorstoss erwähnt wird. Die GLP-Fraktion unterstützt deshalb den Vorstoss.

Abstimmung

Annahme Postulat.

Beschluss

Der Stadtrat stimmt mit 19 Ja und 16 Nein Stimmen bei 1 Enthaltung dem Antrag zu.

SRB: 2026-1031 | Registratur-Nr. 1.7.1

Interpellation Beryll Veraguth und Esther Liechti-Lanz (EVP) betreffend Probleme bei der Strassenbeleuchtung im Zusammenhang mit der Abschaltung von 3G

Verhandlung

Stadträtin Veraguth Beryll, namens der EVP, dankt dem GR für die Beantwortung und Klarstellung des Sachverhalts. Die EVP ist mit der Antwort befriedigt.

Beschluss

Die Interpellanten erklären sich von der gemeinderätlichen Stellungnahme befriedigt.

SRB: 2026-1032 | Registratur-Nr. 1.7.1

Verschiedenes und Unvorhergesehenes

Verhandlung

Es werden folgende parlamentarische Vorstösse und Aufträge eingereicht:

- Auftrag Jonas Lauwiner, König Jonas Lauwiner im Dienst für die Burgdorfer, betreffend Einführung eines öffentlichen Leerstandsregisters für städtische Liegenschaften - mehr Transparenz, weniger Kosten, mehr Raum für Burgdorf
- Auftrag Fraktion Die Mitte betreffend Zentrales Oberstufenzentrum im ehemaligen Gymnasium Gsteig
- Motion Grüne-Fraktion betreffend Sichtbarkeit von Frauen im Burgdorfer Strassenbild
- Motion SP, Grünen und EVP betreffend Anpassung der Mehrwertabgabe (MWAR)
- Interpellation Jonas Lauwiner, König Jonas Lauwiner im Dienst für die Burgdorfer, betreffend Kriterien für Schlossempfänge des Gemeinderats - Transparenz und Gleichbehandlung bei der Ehrung Burgdorfer Sportler/innen
- Interpellation Jonas Lauwiner, König Jonas Lauwiner im Dienst für die Burgdorfer, betreffend Geschwindigkeitsmessgeräte (Radars) in der Stadt Burgdorf - Standorte, Einnahmen und Verwendung der Mittel
- Dringliche Interpellation Grünen Fraktion betreffend Schulbus Neumatt-Schlossmatt. Sicherheit, Evaluation und Ausblick (Das Stadtratsbüro stimmte der Dringlichkeit zu.)
- Interpellation Grünen Fraktion betreffend Klimavision30. Messbarkeit und Stand Teilziel 11 (Reduktion Elterntaxis)
- Interpellation SP-Fraktion betreffend Raumbedarf Probe- und Konzertlokalitäten

Stadträtin Bannwart Gabriela, namens der SP-Fraktion, teilt mit, dass man heute leider Stadträtin Zingg Righetti Sybille verabschieden muss. Während neuneinhalb Jahren war sie in der SP-Fraktion ein Teil und unbestritten mit ihrer Fachkompetenz, ihrer Sachlichkeit und pointierten Art. Als Anwältin hat sie ihr Wissen nicht nur in der Fraktion eingebracht, sondern auch in der GPK. Die SP-Fraktion dankt ihr ganz herzlich für ihr langjähriges Engagement für die Fraktion und für Burgdorf und wünscht ihr alles Gute. Man lässt sie nicht gerne gehen.

Stadtratspräsident Merz Adrian dankt im Namen des SR Stadträtin Zingg Righetti Sybille für ihr Engagement. Beim Schlummertrunk wird sie die erste Runde übernehmen. Der heutige Schlummertrunk findet aufgrund des schönen und warmen Wetters auf der Brüder-Schnell-Terrasse statt und nicht wie üblich im Hotel Stadthaus. Der Vorsitzende dankt für die rege Beteiligung und wünscht eine schöne Sommerzeit.

Burgdorf, 3. August 2026

Namens des Stadtrates:



Adrian Merz
Stadtratspräsident



Brigitte Henzi
Protokollführerin